

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuscherdamm 23 I.

Inserate  
pro vierstellige Beitzzeile 30 Pf.,  
Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Beurlaubungsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 11.

Berlin, den 16. März 1907.

23. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Gemäß eines Beschlusses des in Dresden stattgefundenen neunten Verbandstages unterbreiten wir den Mitgliedern in der vorliegenden Nummer einen Entwurf für Invalidenunterstützung und ordnen hiermit zugleich eine

### Abstimmung

darüber an, ob eine Invalidenunterstützung in unserem Verband eingeführt werden soll oder nicht.

Die entsprechenden Fragezettel zur Abstimmung werden allen Mitgliedern mit Nr. 15 der Buchbinder-Zeitung durch die Bevollmächtigten zugehen und werden dieselben nur folgende Fragen enthalten:

1. Soll eine Invalidenunterstützung eingeführt werden?

2. Sind Sie bereit, einen erhöhten Beitrag bei Einführung der Invalidenunterstützung zu zahlen?

Die Fragen sind entweder mit einem glatten „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Denn es soll zunächst nur über diese Prinzipienfragen entschieden werden, während dem Verbandstag eventuell — je nach dem Ausfall der Abstimmung — die endgültige Ausgestaltung des neuen Unterstützungszweiges vorbehalten bleibt.

Alle übrigen Anträge zur Invalidenunterstützung werden daher der Abstimmung nicht unterworfen, sondern sind lediglich als Anträge zum Verbandstag zu betrachten, für die der 27. April als Schlusstermin der Einbringung gilt. Wir heben dies ganz besonders hervor, damit die Mitglieder sich zur Ausarbeitung von Anträgen die notwendige Zeit lassen.

Es wird nunmehr Aufgabe der Bevollmächtigten der Zahlstellen sein, daß unter Entwurf in möglichst bald einzuberufenden Mitgliederversammlungen besprochen und über die Wichtigkeit dieser Abstimmung für den Verband und seine Mitglieder volle Klarheit geschaffen wird.

Die Abstimmung nimmt jedoch jedes Mitglied selbst vor durch Ausfüllung des ihm zugehenden Fragezettels, ohne das dieses in einer Versammlung und auf einen bestimmten Tag geschehen muß. Der vom Verbandsvorstand anzusetzende Endtermin darf nicht überschritten werden.

Die ausgefüllten Fragezettel sind bis zum 27. April von den Mitgliedern an Zahlstellen an die Bevollmächtigten derselben und seitens der einzeln stehenden Mitglieder an ihre Bevollmächtigten abzugeben; diese haben eine genaue Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse vorzunehmen und das Gesamtergebnis spätestens acht Tage nach dem Endtermin der Abstimmung, also bis zum 4. Mai, mit Unterschrift von mindestens zwei Kontrolleuren versehen an den Verbandsvorstand einzusenden.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an der Zahlstelle, wo sie sich gerade befinden, an der Abstimmung teilnehmen; jedoch muß der Bevollmächtigte dieser Zahlstelle dem Reisenden ins Mitgliedsbuch einen

Bemerk eintragen, daß das betreffende Mitglied sich an der Abstimmung beteiligt hat.

2. Um Anträge, die zum Verbandstag gestellt werden sollen, genügend vorbereiten zu können, geben wir jetzt schon den Termin zur Einbringung derselben bekannt.

Sämtliche Anträge, welche auf die Tagesordnung des Verbandstages kommen sollen, sind bis spätestens Sonnabend, den 27. April, an uns einzusenden, worauf die Veröffentlichung der gestellten Anträge umgehend vorgenommen wird.

Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier, das nur auf einer Seite beschrieben werden darf, zu bringen und muß dabei genau angegeben werden, ob er als allgemeiner Antrag oder als Antrag zum Statut gelten soll.

3. Wir ersuchen hierdurch alle Mitglieder dringend, ihre etwa rückständigen Beiträge bald zu berichtigen und sämtliche für das 1. Quartal zu bezahlende 13 Beiträge bis spätestens zum 30. März zu begleichen, damit die Abrechnungen vom 1. Quartal möglichst schnell an uns eingesandt werden können. Dies ist um so notwendiger, als die Zahl der Delegierten zum Verbandstage nach den vollzahlenden Mitgliedern bemessen wird.

4. Im Verzeichnis der nach § 15b ausgeschlossenen ist zu streichen: der Buchbinder Willi Kothrusch, Buchnummer 7290, aus Garburg a. G.

5. Der vorliegenden Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ werden für die Bevollmächtigten Rechtsichthformulare beigelegt, was wir zu beachten bitten. Falls keine Formulare beigelegt sollten, wolle man sie reklamieren.

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Kloth.

## Zur Abstimmung betr. Invalidenunterstützung.

Fast ein volles Menschenalter ist es her, daß auf dem Verbandstag des Deutschen Buchbinderverbandes zu Frankfurt a. M. im Jahre 1874 die Errichtung einer Kasse für Invalidenversorgung beschlossen wurde, die jedoch nicht obligatorisch sein sollte. Wenige Jahre später mußte diese Kasse, wohl infolge des Nichtobligatoriums und anderer Umstände, wieder aufgelöst werden. Die angesammelten Gelder gelangten zur Verteilung an die beteiligten Mitglieder.

Seit dieser Zeit hat das Streben nach Gewährung einer Invalidenunterstützung durch die Organisation nie ganz aufgehört. Bald stärker, bald schwächer kam das Verlangen nach einer solchen, von hehrer Solidarität zeugenden Unterstützungseinrichtung zum Ausdruck. Und wäre unsere Organisation nicht in ihrer Entwicklung durch die Gewaltthaber der Reaktion viele Jahre gehemmt, ja sogar eine Zeitlang gekillt gewesen, so wäre wohl die Wiedereinführung einer Invalidenunterstützung weit früher wieder in Fluß gekommen. Nachdem die gewerkschaftliche Betätigung unserer Berufsangehörigen jedoch eine Reihe von Jahren lahmgelegt war, galt es erst wieder das nachzuholen, was für jedes Gebilde, das sich den Kampf auf

wirtschaftlichen Gebiete anerkennen hatte, unumgänglich notwendig ist; es galt den festen Zusammenschluß möglichst aller Berufsangehörigen in geregelte Bahnen zu lenken. Dabei war es ein Gebot der Notwendigkeit, in erster Linie nur solche Unterstützungseinrichtungen zur Einführung zu bringen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aufgaben stehen. Die Gewährung von Reise- und Arbeitslosenunterstützung neben der Streik- und Gemahregeltenunterstützung waren daher solche Unterstützungszweige, die in erster Linie zur Einführung und zum weiteren Ausbau den maßgebenden Zuständen vorbehalten blieben. Dann folgte die Gewährung von Unzugsunterstützung, Sinterbliebenenunterstützung und Krankenunterstützung an weibliche Mitglieder.

Den beiden letzten Verbandstagen in Berlin und Dresden lagen aber schon fest umrissene Anträge vor, welche die Invalidenunterstützung forderten. Damit war die Frage wieder aktuell geworden. Warme Befürworter fanden sich, und so kam es, daß der in Dresden tagende Verbandstag eine von der für die Beratung der Unterstützungs- und Beitragsfragen eingesetzten Kommission vorgeschlagene Resolution annahm, welche lautet:

„Um die Einführung einer Invalidenunterstützung in die Wege zu leiten, wird der Verbandsvorstand beauftragt, das für einen solchen Unterstützungszweig notwendige statistische Material zu sammeln.“

Das gesammelte Material soll rechtzeitig vor dem nächsten Verbandstag den Mitgliedern unterbreitet werden. Zugleich mit dem Material soll der Vorstand einen Entwurf für eine Invalidenunterstützung vorlegen. Da ohne Zweifel feststeht, daß eine Invalidenunterstützung nur dann zur Einführung kommen kann, wenn eine wesentliche Beitragserhöhung Platz greift, soll eine Abstimmung vor der endgültigen Beschlußfassung durch den nächsten Verbandstag in die Wege geleitet werden, um in geeigneter Weise eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen.“

Das in dieser Resolution Verlangte soll nunmehr in die Tat umgesetzt werden. Die Mitglieder sollen durch Abstimmung entscheiden, ob die Invalidenunterstützung zur Einführung gebracht werden soll oder nicht. Eine Entscheidung von überaus hoher Bedeutung ist es, die herbeigeführt werden soll, dessen mögen sich alle Mitglieder bewußt sein. Nicht das Gefühl, nicht die Leidenschaft darf hier mitreden, sondern der von solidarischen Empfinden getragene feste Wille jedes einzelnen soll in reiner Form zum Ausdruck kommen, wenn das Für oder Wider gegen den nachstehenden Entwurf gefällt wird.

Entwurf für eine Invalidenunterstützung.

§ 1. Dauernd arbeitsunfähigen Mitgliedern kann eine fortlaufende Unterstützung gewährt werden. Die Gewährung einer solchen Unterstützung ist abhängig von der Dauer der Zugehörigkeit zum Deutschen Buchbinderverband.

§ 2. Die Unterstützung beträgt pro Monat 25 Mk. und wird in Halbmonatsraten postnumerando am 15. und letzten Tage eines jeden Monats gegen Quittung des Empfängers durch die Beauftragten des Verbandes zur Auszahlung gebracht.

§ 3. Die Berechtigung zum Bezug der Invalidenunterstützung kann eintreten bei Mitgliedern, die dem Verbandsbeiträge bis zum vollendeten 20. Lebensjahre nach einer mindestens 5jährigen Mitgliedschaft und einer Beitragsleistung von 260 Wochen; für solche Mitglieder, die nach dem 20. bis zum vollendeten 30. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 7½jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 390 Wochen; für solche, die nach dem 30. bis zum vollendeten 40. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 10jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 520 Wochen; für solche, die nach dem 40. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 12½jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 650 Wochen und für solche, die nach dem vollendeten 50. Lebensjahre dem Verband beitreten, nach einer 15jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 780 Wochen.\*)

Als Beitragserhöhung für diesen Unterstützungszweig allein sind 15 Pf. pro Woche in Aussicht genommen, die mehr zu leisten jedes männliche Mitglied verpflichtet wäre. Der Beginn der Karenzzeiten, wie sie in vorstehendem Entwurf vorgesehen sind, tritt mit dem Inkrafttreten des erhöhten Beitrages ein. Jedes einzelne männliche Mitglied hätte sich also zunächst die Frage vorzulegen, ob es gewillt und in der Lage ist, diese Beitragsmehrleistung zu tragen und dafür gegebenenfalls die Invalidenunterstützung zu genießen. Dabei soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß außerdem eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche und männliches Mitglied sich als eine unabwendbare Notwendigkeit erwiesen hat, die näher zu begründen, wir uns für spätere Zeit vorbehalten.

Sofern sich für Einführung der Invalidenunterstützung durch die Urabstimmung eine Mehrheit finden sollte, dürfte fast mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß der nächste Verbandstag eine Klaffenteilung der Beiträge vornimmt. Daher kann wohl auch nicht damit gerechnet werden, daß alle zurzeit vorhandenen männlichen Mitglieder den erhöhten Beitrag leisten und damit für die Invalidenunterstützung in Betracht kommen werden.

Als mindeste Zahl der Mitglieder, die für die Einführung der Invalidenunterstützung unter den besagten Voraussetzungen in Betracht zu kommen hätten, sehen wir 6000 an.

Die Mehreinnahmen pro Jahr würden unter Zugrundelegung von 6000 Mitgliedern und der durchschnittlichen Leistung von 46 Beiträgen ergeben:  $6000 \times 46 \times 15 \text{ Pf.} = 41.400 \text{ Mark pro Jahr}$ . Nach 5 Jahren, von Inkrafttreten der erhöhten Beiträge bis zum Ablauf der niedrigsten Wartezeit gerechnet, wäre also ein Fonds von 207.000 Mk. angesammelt, der sich einschließlich der Erträge aus Zinsen auf rund 220.000 Mk. erhöhen dürfte. Aus den laufenden jährlichen Einnahmen von 41.400 Mk. ließen sich, nach Abrechnung der entstehenden Verwaltungs- usw. Kosten, 120 Invaliden = 2 Proz. der 6000 Mitglieder mit je 300 Mk. = 36.000 Mk. unterstützen. Die Zinserträge müßten laufend zum Grundkapital geschlagen werden, um einem eventuell stärkeren Anschwellen der Zahl der Invaliden begegnen zu können. Allerdings wäre, sofern die Zahl der Invaliden sich steigern würde, eine Erhöhung der Beiträge in sichere Aussicht zu nehmen, sofern sich die Zahl der den erhöhten Beitrag stinernden Mitglieder nicht in entsprechendem Umfang vermehren sollte. Denn je größer die Zahl der für die Invalidenunterstützung in Frage kommenden Mitglieder ist, je mehr ist die Lebensfähigkeit einer solchen Unterstützungseinrichtung gewährleistet, je niedriger können auch die Beiträge dafür bemessen werden.

Für die dem Verband jetzt teilweise schon viele Jahre angehörenden Mitglieder müßten sogenannte Übergangsbestimmungen geschaffen werden, die analog der im Entwurf vorgesehenen Eintrittsalterkala und entsprechenden Wartezeiten quartet sein müßten.

Bei den von uns vorgeschlagenen Übergangsbestimmungen ist versucht worden, das

Alter der beim Inkrafttreten des Statuts vorhandenen Mitglieder so zu berücksichtigen, daß eine gewisse grundsätzliche Uebereinstimmung mit der vorgesehenen Eintrittsalterkala und Wartezeit zu verzeichnen ist. Das heißt, es soll diesen Mitgliedern die Vergünstigung zuteil werden, daß ihnen ein Teil der bisher geleisteten Beiträge auf die vorgegebene Wartezeit in Anrechnung gebracht wird.

Es sollen aufgerechnet werden von den bisher geleisteten Beiträgen mit Inkrafttreten des Statuts:

bei über	50 Jahre alten Mitgliedern	5/6
" " 40-50	" " " "	4/6
" " 30-40	" " " "	3/6
" " 20-30	" " " "	2/6
" bis 20	" " " "	—

Die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zum Deutschen Buchbinderverband vor der fünfjährigen Wartezeit, vom Inkrafttreten des abgeänderten Statuts an gerechnet, würde also in der Art gutgeschrieben werden, daß zum Beispiel berechnet werden:

Alter der Mitglieder	Zelle anzurechnen	Mitgliedschaft		Wartezeit	
		Jahre	Beiträge	Jahre	Beiträge
über 50	5/6	12	624	520	780
" 40-50	4/6	11 1/4	585	390	650
" 30-40	3/6	10	520	260	520
" 20-30	2/6	7 1/2	390	190	390
bis 20	—	—	—	—	—

Ist die entsprechende bisherige Mitgliedschaft und Beitragsleistung nicht vorhanden, so verlängert sich die Wartezeit nach Inkrafttreten des abgeänderten Statuts um soviel, als zur statutarischen Wartezeit fehlt.

Nach dieser vorgesehenen Staffelung würden z. B. alle diejenigen Mitglieder, entsprechend ihrem Alter, die dem Verband bei Inkrafttreten des abgeänderten Statuts 7½ bis 12 Jahre angehören, nach fünfjähriger Wartezeit in den Genuß der Unterstützung treten können.

Bei Feststellung dieser Übergangsbestimmungen gingen wir von dem Grundgedanken aus, daß insbesondere den alten langjährigen Mitgliedern ein Entgegenkommen gezeigt werden muß, weil gerade bei ihnen das Bestreben, eine Invalidenunterstützung im Verband einzuführen, längst vorhanden war, eine Bewirkung aber sich nicht erreichen ließ. Ueberdies soll damit zum Ausdruck kommen, daß der Verband bei Schaffung neuer Unterstützungseinrichtungen alte treue Mitgliedschaft in gebührender Weise zu berücksichtigen bestrebt ist.

Von den deutschen Gewerkschaften haben bis jetzt nur sehr wenige eine Invalidenunterstützung zur Einführung gebracht. Zurzeit sind es die Buchdrucker, Gutmacher, Handschuhmacher, Lithographen und Steindruckere (Senefelderbund) und die Notenstecker.

Nachstehend geben wir die wichtigsten Bestimmungen dieser Verbände wieder.

Die Buchdrucker (1,10 Mk. Wochenbeitrag) sagen:

Diese Unterstützung kann gewährt werden:

1. wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach beendigter Lehrzeit erfolgt: nach Leistung von 250 Beiträgen;
2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt: nach Leistung von 475 Beiträgen;
3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von 5 Jahren erfolgt: nach Leistung von 700 Beiträgen.

Die Unterstützung beträgt 1 Mk. pro Tag und kann dieselbe wöchentlich oder monatlich erhoben werden.

Wer nach den ad 1, 2 und 3 zurückgelegten Karenzzeiten noch weitere 800 Wochenbeiträge entrichtet hat, erhält täglich 1,25 Mk.

Fällt die Beendigung der Lehrzeit nach dem 21. Lebensjahre und erfolgt der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach vollendeter Lehrzeit, so greift die unter Ziffer 2 vorgesehene Karenzzeit; später sowie nach zurückgelegtem 40. Lebensjahre Beitretende haben die nach Ziffer 3 festgesetzte Karenzzeit.

Die Gutmacher, die die Invalidenunterstützung nicht obligatorisch eingeführt haben, sondern fakultativ, besagen in ihrem Statut:

Der Wochenbeitrag beträgt 10 Pf. Die Beiträge sind laufende und auch von den Kranken und Arbeitslosen zu zahlen.

1. An Mitglieder, welche 1040 Beiträge bezahleten, kann bei eintretender Invalidität eine wöchentliche Unterstützung von 3 Mk. gewährt werden.

2. Kranke resp. ausgesteuerte Mitglieder, welche keinen Arbeitsverdienst mehr haben, können zur Invalidenkasse weitersteuern, wenn an den 1040 Karenzbeiträgen nur noch 52 fehlen.

Die Handschuhmacher (50 Pf. Wochenbeitrag) zahlen bei einer 25jährigen Verbandszugehörigkeit pro Woche 5 Mk. (Der Unterstützungssatz ist nicht feststehend, sondern wird jeweils von der Generalversammlung bestimmt.)

Die Lithographen und Steindruckere (1,20 Mk. Wochenbeitrag) haben seit ihrer Verschmelzung mit dem Senefelderbund die Invalidenunterstützung eingeführt. Ihre Bestimmungen lauten:

1. Die Invalidenunterstützung kann gewährt werden:

- a) nach zehnjähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung, wenn der Eintritt bis zum 30. Lebensjahre erfolgte;
- b) nach fünfzehnjähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung, wenn der Eintritt zwischen dem 30. und 40. Lebensjahre erfolgte;
- c) nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung, wenn der Eintritt nach dem 40. Lebensjahre erfolgte.

Die Höhe der Unterstützung ist auf 7 Mk. pro Woche bemessen.

Die Notenstecker (75 Pf. Wochenbeitrag) bestimmen:

Anspruch auf Unterstützung wird nach zehnjähriger Mitgliedschaft erworben und beträgt dieselbe für die Dauer der Invalidität wöchentlich nach dem 10. Steuerjahr 4 Mk., nach dem 11. Steuerjahr 4,50 Mk., nach dem 12. Steuerjahr 5 Mk. usw., so daß sich die Invalidenunterstützung mit jedem Jahre der Mitgliedschaft um 50 Pf. wöchentlich erhöht. Sobald das Unterstützungsgeld die Höhe von 9 Mk. erreicht hat, hört die Steigerung auf.

Stirbt ein Mitglied und gehört der Kasse noch keine zehn Jahre an, wird eine einmalige Abfindung nach folgender Norm gezahlt: Nach dem 5. und 6. Jahre 25 Mk., nach dem 7. Jahre 30 Mk., nach dem 8. Jahre 35 Mk., nach dem 9. Jahre 40 Mk.

Das für die Mitglieder zur Prüfung und Entscheidung wesentlich in Betracht kommende haben wir in vorstehendem niedergelegt. Die Mitglieder mögen nun nach eingehendem und sorgfältigem Abwägen aller Momente die endgültige Entscheidung fällen.

Für den Verbandsvorstand  
E. Sauerisen.

## Jahresbericht des Gaues 9.

Das Jahr 1906 ist für den Gau 9 ein nicht gerade erfolgreiches zu nennen. Nur in der Zahl der Einzelmitglieder ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Dies ist nicht in letzter Linie auf die in die Provinz übergegangen ausgeperrten Kollegen aus den Tarifstädten zurückzuführen. Dieselben haben überall, wo sie Gelegenheit hatten Mitglieder zu werben, mit Erfolg gewirkt und dem Verband neue Mitglieder zugeführt. Aus diesen Tatsachen spricht klar, daß durch besoldete Bezirksleiter, welche die Indifferenten öfters persönlich aufzutrumpfen, Erfolge erzielt werden können, zumal Thüringen dafür ein großes Arbeitsfeld bietet.

Eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde in Eisenach durch tarifliche Festlegung erzielt, ferner erzielten die Einzelmitglieder in Aunstadt und Langensalza nur mit Hilfe der Organisation bessere Entlohnung und Arbeitszeitverkürzung; zur Arbeitsniederlegung kam es in diesen Fällen nicht. Die Zahlstellen des Gaues wiesen in der Mitgliederbewegung nur geringe Veränderungen auf. Am schlechtesten sieht Erfurt. Dies hat einen ganz wesentlichen Rückgang zu verzeichnen, was hauptsächlich seinen Grund in der im Herbst 1905 verloren gegangenen Lohnbewegung hat. Die Arbeitgeberstutuppe ist eben in dem Wahn der gesicherten Existenz zu sehr verhasst. Es ist diesen Elementen mit unseren Ideen nicht beizukommen, da dieselben seitens der Chefs jetzt momentan besser bezahlt und geschätzt

\*) Die näheren Ausführungsbestimmungen sollen späteren Beschlüssen des Verbandsvorstandes vorbehalten bleiben.



und gepflegt werden. Von diesen wird manches in Kauf genommen, was sich früher kein Organisiertes leisten durfte. Die Zeit für Erfurt, in der sich die Verhältnisse drehen, wird, ja sie muß unausbleiblich kommen. An einer eifrigen Aufklärung und Agitation werden es die Erfurter Kollegen nicht fehlen lassen, und bald wieder wird Presse in den jetzigen Zustand geschlagen sein.

Veranstaltungen, in welchen der Gauvorstand anwesend war, fanden in Gotha, Arnstadt und Langensalza statt. Im Dezember wurde dann noch eine Agitationstour durch den Kollegen Zünemann-Berlin ausgeführt. Derselbe referierte in Gotha, Arnstadt, Langensalza, Erfurt, Kuhlha, Jena und Öhrnitz. Es war dies auf Verlangen einiger Zahlstellen und der Einzelmitglieder von Arnstadt und Langensalza zwecks Regelung von Differenzen erfolgt. Die unternommene Agitation hatte einen guten Erfolg in Gotha zu verzeichnen und hat inzwischen am 12. Januar 1907 zur Gründung der Zahlstelle Gotha mit 36 Mitgliedern geführt. Der Referent hat in allen Zahlstellen in zufriedenstellender Weise gewirkt. Die übrigen Agitationsangelegenheiten mußten auf schriftlichem Wege erledigt werden, da es in den meisten Fällen nicht möglich ist, von der Arbeit abzukommen und auch die Erfolge den entstehenden Kosten nicht entsprechen. Da ist es einem besoldeten Bezirksleiter, welcher sich intimer damit befassen kann, besser an die Hand gegeben, diese Wege mit Erfolg zu betreten. Thüringen ist in dieser Hinsicht noch ein großes Arbeitsfeld und muß bei weiteren Anstellungen mit berücksichtigt werden.

Der Kassenbericht zeigt folgendes Bild:

A. Verbandskasse.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Am Ort behalten vom Jahre 1905', '1819 Beiträge à 45 Pf.', '42 Beiträge à 20 Pf.', '628 Extrabeiträge à 20 Pf.', '18 Extrbeiträge à 10 Pf.', '42 Eintritte à 50 Pf.', '9 Eintritte à 1.- M.', 'Auf Sammellisten', and 'Zusammen'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An die Zentralkasse eingekandt', 'Arbeitslosen- und Streikunterstützung', '15 Proz. für Lokalverwaltung', '8 Proz. für Gauleitung', 'Außerordentliche Agitation', 'Am Ort behalten für 1907', and 'Zusammen'.

B. Lokalkasse.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Bestand vom Jahre 1905', '15 Proz. der Beiträge', and 'Zusammen'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Porto und Schreibmaterial', 'Bestand für 1907', and 'Zusammen'.

Die Mitgliederbewegung war folgende:

Bestand am Schlusse 1905 26 männl., 0 weibl., Aufnahmen 51 männl., 0 weibl., zugereist 43 männl., 1 weibl., zusammen 120 männl., 1 weibl. Abgereist 46 männl., 0 weibl., ausgesreten 7 männl., 0 weibl., ausgeschlossn nach § 15a 4 männl., 0 weibl., Bestand am Schlusse 1906 63 männl., 1 weibl.

Insgesamt sind 1121 Postsendungen ausgegangen, einschließl. Zeitungen.

Zum Arbeitsnachweis möchten wir noch bemerken, daß durch die Kollegen sowie in den Zahlstellen dem Gauvorstand die freiverwendenden Stellen nicht bekannt gegeben werden. Es könnte mancher Kollege, welcher sich an uns wendet, dadurch untergebracht werden. Ebenfalls können wir den Zahlstellen den Vorwurf nicht erheben, daß sie den bierteljährlichen Berichtsfragebogen nicht pünktlich und zum großen Teile überhaupt nicht einsenden. Mit unvollständigem Material läßt sich nicht arbeiten. Hoffen wir, daß die Zahlstellen mit dem Gauvorstand in engere Fühlung treten, ein gedeihliches Zusammenarbeiten wird uns allen von Nutzen sein.

Erfurt.

Th.

Zum Verbandstag.

Die Diskussion über die Aufgaben des nächsten Verbandstages ist nun eröffnet. Die verschiedensten Ansichten werden vorgebracht. Jeder hat einen Wunsch, den er gern erfüllt sehen möchte. Aber so schön und so gut die Wünsche des einzelnen auch sein mögen, so muß doch in erster Linie die finanzielle Seite berücksichtigt werden, und da muß sich jedem die Überzeugung aufdrängen, daß eine Mehrbelastung der Verbandskasse ohne Beitragserhöhung nicht möglich ist. Der letzte Verbandstag hat in dieser Hinsicht bereits das äußerste getan. Wenn

nun vielen eine Erhöhung der Beiträge als unbedingt notwendig erscheint, dann muß auch gesagt werden, daß ein sehr großer Teil der Kollegen einen höheren Beitrag nicht erschwingen kann. Es bleibt also nur eine Möglichkeit und das ist die Einführung des Staffelleitrag. Es ist darüber schon so viel geredet und geschrieben worden, daß wohl eine weitere Begründung nicht notwendig ist. Daß Kollegen mit 12-15 M. nicht den gleichen Beitrag leisten können, wie Kollegen mit 26-30 M. und mehr Lohn, liegt klar auf der Hand. Das gleiche ist bei den Kolleginnen der Fall. Es wäre bei dieser Gelegenheit auch ein Hebelstand zu beseitigen, der einer modernen Gewerkschaft nicht gerade zur Zierde gereicht. Ich meine die Beitragsleistung nach Geschlechtern. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß eine Kollegin mit 18 M. Lohn 20 Pf. und ein Kollege mit 15 M. Lohn 45 Pf. Beitrag bezahlt, abgesehen davon, daß ich prinzipiell gegen zweierlei Recht bin und daß man die Arbeiterinnen nur als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Mit solchen mittelalterlichen Ansichten muß aufgeräumt werden. Ist erst durch eine entsprechende Beitragserhöhung eine sichere finanzielle Grundlage geschaffen, dann kann auch an einen weiteren Ausbau der Organisation gedacht werden.

An den Verbandstag in Dresden sind nicht weniger als 104 Anträge gestellt worden, die sich auf die verschiedensten Unterstützungszweige bezogen. Viele davon mußten unberücksichtigt bleiben, weil deren Durchführung nicht möglich war. Die Erwerbslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung wurden abgelehnt, die Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung neu eingeführt. Auch diesmal werden wieder Anträge gestellt werden von jenen, die da glauben, auf dem letzten Verbandstag zu kurz gekommen zu sein. Hauptächlich die Kranken- und Invalidenunterstützung werden wieder gefordert werden. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß deren Einführung äußerst wünschenswert und von großem Vorteil für die Kollegen sein würde, so darf doch auch nicht vergessen werden, daß damit eine größere Arbeitsleistung für unsere Funktionäre und Beamten verbunden ist, und ob die indifferente Masse mehr wie bisher an die Organisation gefesselt wird, das muß erst abgewartet werden. Die Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder hat wenigstens die Wirkung nicht gehabt, die man sich vielfach davon versprochen hatte. Auch ein anderer Umstand darf nicht außer acht gelassen werden. Von unseren Unterstützungsfunktionären wird meistens das rasche Wachstum der Arbeiterbewegung den mehr oder minder gut ausgebauten Unterstützungseinrichtungen zugeschrieben. Wie unrichtig das ist, muß jedem klaren Beobachter einleuchten, wenn wir uns etwas mehr an die Wirklichkeit halten, denn gerade dort haben wir den größten Zuwachs zu verzeichnen, wo eine Lohnbewegung in Aussicht steht, oder auch wo Arbeitgeber eines anderen Berufes der gesamten Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisation auf diese oder jene Weise demonstrativ vor Augen führen. Auch die allgemeine Aussperrung in unserem Berufe hat dies wieder bewiesen. Es soll nun damit aber nicht gesagt sein, daß ich einer von jenen bin, die die Gewerkschaftsbewegung bereits im dicksten Sumpfe stecken sehen, sondern ich wollte nur vor jenen warnen, die ihr Heil nur einzig und allein in den Unterstützungseinrichtungen suchen. Vor der Versumpfung bewahren uns schon die Unternehmer, oft mehr als uns lieb ist.

Wenn aber je eine Sache unsere volle Aufmerksamkeit verdient, so ist es die Anstellung weiterer besoldeter Gauleiter. Den Provinzkollegen kann man gerade hier helfend unter die Arme greifen, wenn nicht das viele Gerede von dem Wohlwollen für die Provinz eben leeres Gerede bleiben soll. Freilich darf man sich auch nicht zu viel von einem besoldeten Gauleiter erhoffen. Die bisher in der Agitation tätigen Kollegen müssen ihn vielmehr auf das tatkräftigste unterstützen und speziell in der Kleinarbeit nicht erschmen. Viele Fehler könnten dadurch beseitigt und mancher ausichtslose Streif vermieden werden, was auch schon eine Erparnis bedeuten würde.

Weil nun gerade von der Provinz die Rede ist, so möchte ich noch auf einen anderen Umstand aufmerksam machen. Es ist schon viel von der Ausbreitung des Tarifs auf die Provinz geredet und geschrieben worden, aber geschehen ist bis jetzt noch nichts. Auf dem letzten Verbandstage konnten sich die Vertreter der Großstädte gar nicht genug zutun mit ihrem Wohlwollen für die Provinz, aber es waren eben weiter nichts als schöne Worte und dabei ist es geblieben. Wenn in dieser Hinsicht in Zukunft etwas mehr geschehen soll, so müssen sich die kleineren Zahlstellen schon selbst aufrufen und denen, die es angeht, immer wieder ihr Versprechen ins Gedächtnis rufen. Ein Mittel, den Tarif mehr auszubreiten, wäre auch, wenn unsere Vertreter im Tarifamt darauf dringen würden, daß an alle größeren Ge-

schäfte in ganz Deutschland die Aufforderung ergehen würde, sich der Tarifgemeinschaft anzuschließen. Allerdings müßte da erst ein bestimmter Grundlohn festgelegt werden mit prozentualen Ab- und Zuschlägen, ähnlich wie bei den Buchdruckern. Wenn der Verbandstag hier etwas Leben bringen würde, so wäre das immerhin schon etwas. Allerdings darf man sich auch hier nicht zu viel erhoffen, denn die Hauptsache ist und bleibt doch immer wieder eine gute und schlagfertige Organisation.

Zum Schluß hätte ich nun noch einen Wunsch: § 2 Absatz d unseres Statuts lautet: (Zweck des Verbandes) Aufklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität usw. Hierzu wurde schon auf dem letzten Verbandstage ein Antrag Magdeburg angenommen, der es dem Verbandsvorstand und den Zahlstellenvorständen zur Pflicht macht, mehr wie bisher systematisch aufklärend und bildend unter den Mitgliedern zu wirken. Wie weit diesem Beschluß nachgekommen wurde, will ich hier nicht unteruchen, aber so viel muß gesagt werden: unsere Bewegung ist wohl in die Breite gegangen, nicht aber im gleichen Maße auch in die Tiefe. Und doch wäre es gerade in der jetzigen Sturmbelegten Zeit, wo an den einzelnen die größten Anforderungen gestellt werden im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse, von der größten Wichtigkeit, wenn Bildung und Wissen mehr und mehr zum allgemeinen Volksgut würden. Die herrschenden Klassen wissen nur zu gut, daß es mit ihrer Macht vorbei ist, wenn die Arbeiter selbständig zu denken anfangen, daher auch ihr Streben, die Volksschule immer mehr den Pfaffen auszuliefern. Schon des öfteren wurde in den Gewerkschaften die Frage diskutiert, ob es nicht möglich wäre, der allgemeinen Unwissenheit zu steuern. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, zuletzt vor 2 Jahren wurde ein Vorschlag des Bernosen Mühle überall ernsthaft diskutiert. Hunderttausende von Arbeitern haben dem begeistert zugestimmt, aber ach, es war nur ein Traum, viel zu schön, um wahr zu sein. Aus den verschiedensten Ursachen ist auch dieses Projekt gescheitert. Ich aber meine, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und unser Verbandstag würde sich gewiß ein Verdienst erwerben, wenn er die Initiative ergreifen und diese Angelegenheit wieder in Gang bringen würde. Dies könnte etwa dadurch geschehen, daß der Verbandstag einen diesbezüglichen Antrag an den Gewerkschaftskongress stelle oder auch, daß Verbandsvorstand und Delegierte beauftragt würden, überall in diesem Sinne zu wirken, hauptsächlich in Versammlungen und örtlichen Gewerkschaftskartellen. Die dazu erforderlichen Mittel würden die Arbeiter gern aufbringen und wäre dies ein sicher angelegtes Kapital, das einmal reichlich Zinsen bringen würde.

Sollte diese Anregung dazu beitragen, daß sich die Kollegen in den verschiedenen Orten mehr mit dieser Frage beschäftigen, so wäre ich damit reichlich belohnt.

Regensburg.

Soh. Kargl.

Wohl nicht umsonst wird seitens der Verbandsleitung die Aufforderung an die Kollegenschaft ergangen sein, sich in lebhafter Aussprache zu den Aufgaben des 10. Verbandstages zu äußern. Schon jetzt reißt sich Artikel an Artikel und bis zum 23. Juni wird wohl noch mancher Kollege und hauptsächlich mancher „Provinzler“ seinem gepreßten Herzen Luft gemacht haben.

Da ist in erster Linie der Kollege Queseleit, der den § 57 des Statuts einer eingehenden Kritik unterzieht. Und das mit Recht. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß dieser alte Wahlmodus auf dem nächsten Verbandstag durch einen neuen, dem Gerechtigkeitssinn mehr entsprechenden ersetzt werden muß. Denn tatsächlich lagen doch die Verhältnisse auf dem Dresdener Verbandstage so, daß die sogenannten „Tarifler“ in allen Punkten in der Lage waren, die Provinzler zu majorisieren, wenn ... auch gerade nicht so stolz über die armen Provinzler als Sieger hinweggedrückt sind. Anstands ihrer guten Organisationsverhältnisse und des „Rechenenden“ Wahlsystems waren sie eben in der Lage, ein derartig starkes Kontingent von Delegierten zu stellen. Ebenfalls bin ich der festen Überzeugung, daß sie bei allen zur Abstimmung stehenden Anträgen ihre Stimmen nach bestem Wissen abgegeben haben. Die Ausrufung über die Verlegung des Sitzes ist also vollständig deplaziert. Weiter schreibt Kollege Queseleit, daß wir das frische Blut, welches gegenwärtig im Vorstand walle, „leider“ nur zu gut verspürt hätten. Wenn in jetziger Zeit eine Ausrufung am verkehrten Platze angebracht wurde, so ist es diese. Niemand wird wohl glauben, daß die schweren Kämpfe vom vorigen Jahre uns erspart geblieben wären, ob der Sitz nun in Berlin oder Stuttgart gewesen sei. Die Parole unserer Herren Scharfmacher lautete: „Vernichtung der Organisation!“ Das ging uns Provinzler gerade so gut an wie die „holzen Sieger“. Haben wir auch mit schwerer

Opfer nur wenig errungen, so wird auch das wenige bei richtiger Anwendung nicht ohne Rückwirkung auf die Provinz bleiben.

Zur Abänderung des § 57 selbst macht nun Kollege Duesel ein Vorschlag, für den ich mich nicht begeistern könnte, der auch jedenfalls einer demokratischen Grundlage entbehrt. Ob bei derartig wichtigen Zusammenkünften einige Delegierte mehr oder weniger anwesend sind, tut nichts zur Sache. Die Hauptsache ist, daß auch der Provinz mehr Rechnung getragen wird als bisher. Dies könnte geschehen, wenn die Wahlbezirke so gebildet würden, daß 500 Mitglieder 2 Delegierte wählen, jede weiteren 500 Mitglieder 1 Delegierten. Die größeren Zahlstellen würden in diesem Falle also einige Delegierte an die Provinzler abtreten müssen. Seitens der großen Zahlstellen wird man sich ja jedenfalls gegen eine Abänderung wehren. Man wird den Provinzler sagen: ihr müßt eben so agitieren, daß es euch ebenfalls möglich ist, eine größere Anzahl von Vertretern zu stellen. Eigentlich wäre dies das richtige und wir wären über diese Skalamität hinweg. Wer aber weiß, wie schwer es ist, in der Provinz zu agitieren, der wird uns mit derartigem Ge- rede nicht kommen. Der Hauptfaktor jedoch sind die in der Provinz vorherrschend schlechten Löhne und unser verhältnismäßig hoher Beitrag. Also hier muß Remedur geschaffen werden. Obgleich ich früher strikter Gegner von Staffelbeiträgen gewesen bin, so bin ich heute der Ansicht, daß wir ohne Staffelbeitrag uns die Agitation selbst beschneiden würden. Wie nun eine Einführung des Staffelbeitrages möglich ist, hierzu macht der Artisekretär f. w. sehr gute und bemerkenswerte Vorschläge, für die ich die ersten für am akzeptabelsten halte.

Die Frage, ist die Anstellung besoldeter Gau- witer zweckmäßig, wird wohl auf dem Verbandstage lebhaft diskutiert werden. Aber auch hierüber werden sich wohl unsere Vertreter einig werden müssen, daß es in gewissen Bezirken ohne besoldete Beamte nicht mehr geht. Aus allen Gauen erkönt dieser „Säure“ nach einer unabhängigen Kraft und nur wenige sind es noch, die von dieser Notwendigkeit noch nicht durchdrungen sind. Wir sehen in anderen Verbänden ganz enorme Fortschritte gerade durch die Anstellung besoldeter Beamten und auch unsere bisherigen 2 Bezirksleiter haben vollauf ihre Schuldigkeit getan. Sollte aber trotzdem der Verbandstag von weiteren Anstellungen Abstand nehmen, so soll dann wenigstens dem Vorschläge des Kollegen f. w., Subvention einiger Lokalbeamten in größeren Zahlstellen, etwas mehr Beachtung geschenkt werden. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, daß in jedem Gau, in jeder Zahlstelle noch ein großes Stück Arbeit zu leisten ist, und wohl manches Mitglied wäre uns erhalten geblieben, wenn wir mehr unabhängige Kollegen hätten, die zur gegebenen Zeit hätten einspringen können. Wir wissen ferner, daß wohl in allernächster Zeit der Kampf gegen die Arbeiterchaft mit aller Schärfe auf der ganzen Linie einsehen wird und wir haben alle Ursache in Punkte Agitation unser möglichstes zu leisten.

Frankfurt a. M.

L. Knecht.

Zur Staffelbeitragsfrage hat in Nr. 9 der Zeitung der Kollege f. w. das Wort ergriffen und läßt sich derselbe von dem Gesichtspunkte leiten, daß die Lasten, d. h. die Beiträge zum Verband gleichmäßig wie bisher verteilt werden müßten. Der wirtschaftlich Stärkere müsse dem Schwächeren einen Teil der Lasten abnehmen. Ein sehr idealer Standpunkt, der hier leider dadurch einen bitteren Beigeschmack erhält, daß dem, der mehr belastet werden soll, schon wieder diese Belastung durch die süße Bille der höheren Unterstützung schmachtender gemacht wird. Weiter ist der Kollege der Meinung, daß die Agitation und Anhänglichkeit für den Verband durch Staffelbeiträge besser wie bisher gehoben wird.

In der Feststellung der Beurteilung des wirtschaftlich Stärkeren läßt sich der Kollege von dem Standpunkte leiten, daß der, der einige Mark mehr Lohn hat als der andere, eben dann auch sozial besser gestellt sei, ergo stärker zu den Lasten für den Verband herangezogen werden müsse. Dieser Standpunkt dürfte wohl der richtige sein, wenn die Lebensbedingungen für jeden Kollegen die gleichen wären. So bin ich aber der Meinung, daß wir uns in der Feststellung, wer als wirtschaftlich Stärkerer anzusehen ist, nicht allein von der Lohnhöhe leiten lassen dürfen; hier spielen auch noch andere Faktoren mit.

Bei Beurteilung der Frage teile ich die Kollegen in zwei bzw. drei Teile, nämlich in ledige und verheiratete Kollegen, letztere wieder in solche, welche infolge ihres Familienstandes nur allein verdienen können, und solche, welche kinderlos sind und die Frau den Lohn des Mannes durch Mitarbeit um ein Bedeutendes erhöht. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich die Frage des wirtschaftlich Stärkeren ge-

prüft wissen. Da wird dieselbe in ganz anderem Lichte erscheinen als vom Standpunkte der Lohn- skala.

Nehmen wir beispielsweise gleich die Lohn- grenze, die der Kollege angeführt hat. Ein lediger bzw. ein verheirateter Kollege ohne Kinder verdienen pro Woche 23 Mk. Neben denselben steht ein verheirateter Kollege, der Frau und zwei Kinder zu ernähren hat, mit einem Lohn von 25 Mk. pro Woche. Würden wir uns der Auffassung des Kollegen f. w. anpassen, so müßte der letztgenannte Kollege infolge seines höheren Lohnsatzes 70 Pf. pro Woche Beitrag leisten, während die anderen beiden Kollegen mit 50 Pf. pro Woche wegkommen. Jeder vorurteils- freie Kollege muß jedoch hier sehen, daß nicht der Kollege mit 25 Mk. Lohn der wirtschaftlich Stärkere ist, sondern ganz entschieden die beiden anderen Kol- legen. Seht hier der Staffelbeitrag in der Praxis ein, dann erreicht man gerade das Gegenteil von dem gewollten Ziele. Bei all diesen verheirateten Kollegen würde naturgemäß das Gefühl der Benach- teiligung aufkommen, daß auch nicht durch die zu erwartende Erhöhung der Unterstützung gehoben werden dürfte. Diese Erhöhung kann ja auf keinen Fall eine gar zu hohe sein, da ja sonst der weitere Zweck, den der Kollege f. w. ins Auge gefaßt hat, nämlich die schnellere Füllung der Kasse, stark be- einträchtigt würde. Die Anhänglichkeit an den Ver- band dürfte benach durch diese Art Lastenverteilung gerade nicht allzufast gefördert werden. Aber auch in der Agitation würde man manche Enttäuschungen erleben. Hier würde der Staffelbeitrag eher ab- sohwächen als verbuchen wirken. Bewegend auf eine freiwillige Einschätzung in eine höhere Beitragsklasse hege ich keine allzu großen Hoffnungen. Bei dem leider so stark ausgeprägten materiellen Sinn eines großen Teiles unserer jungen Kollegen werden die- selben wohl genau abwägen, ob die 20 Pf. Mehr- leistung durch die Gegenleistung ausgeglichen wird. Ist letzteres nicht zugunsten der Kollegen der Fall, dann dürften wohl jene, welche aus purem Idealis- mus fortgesetzt alle Wochen mehr an den Verband leisten als sie statutarisch verpflichtet sind, mit der Laterne zu suchen sein.

Damit stimme ich mit dem Kollegen f. w. über- ein, daß es einen großen Teil Kollegen gibt, die bei statistischen Aufnahmen die Untugend haben, in ihre Tasche zu liegen. Aber all diese Kollegen werden so- fort in das Gegenteil umschlagen, wenn dieselben für ihre Untugend Steuer bezahlen sollten. Und wie- viel Mark Zulagen dürften auf lange Zeit hinaus verschwiegen werden, wenn durch diese gerade die Beitragsgrenze überschritten würde!

Ich glaube nicht sehr zu gehen, wenn ich ver- mude, daß nach Annahme des Staffelbeitrages aus den Reihen der von Verbands wegen als wirtschaftlich Schwächere anerkannten Kollegen bald Stimmen laut werden, die nach einer Staffellung auch der Lokal- beiträge rufen werden, und da in Mitglieder- versammlungen ein solcher Beschluß leichter durch- zubringen ist als auf dem Verbandstag, dann hätten wir bald zu dem großen Bruder ein paar Duzend kleine Brüder.

Durch all diese Bedenken, zu denen noch ein gut Teil andere angeführt werden könnten, zeigt es sich, daß auch der Staffelbeitrag gerade nicht die idealste Form der Beitragsleistung ist, daß auch diesem — und mag er noch so vorteilhaft ins Auge fallen — Gärten anhaften, so gut wie dem Einheitsbeitrag.

Zur allgemeinen Beitragsfrage möchte ich noch erwähnen, daß infolge des Dresdener Verbandstags- beschlusses, der die 20 Proz. örtliche Einnahmen auf 15 Proz. herabsetzte, ein großer Teil der Zahlstellen gezwungen wurde, Lokalbeiträge einzuführen, da mit den 15 Proz. Einnahmen den Anforderungen, die heute an die Lokalkasse gestellt werden, nicht Rechnung getragen werden konnte. Es zahlen also in den meisten Zahlstellen die Mitglieder ja so wie so schon mehr, als im Verbandsstatut vorgesehen ist. Diese Lokalbeiträge werden nun wohl nicht mehr gut ab- geschafft werden können. Infolgedessen dürfte sich eine sprungweise Erhöhung des Verbandsbeitrages nicht empfehlen. Mit einer mäßigen Erhöhung der männlichen Beiträge, ohne Erweiterung des gegen- wärtigen Unterstützungsbezweises, dürfte wohl der Schaden, den uns die vorjährige Aussperrung ge- bracht, bald ausgeglichen sein.

Noch einen Wunsch hätte ich, in den wohl alle Zahlstellenkassierer mit einstimmen dürften: Sollte sich der Verbandstag zu einer Beitragserrhöhung ent- scheiden, dann möge er sich aber nicht auf den Stand- punkt des letzten stellen und die 15 Proz. für ört- liche Ausgaben abermals beschneiden. F. S.

### Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: W. Zörnisch in Köln, M. Beck, Kartonprägerei in Berlin, R. Priester u. Co., Luxuspapier- und Zelluloid- warenfabrik in Berlin, Rheinische Geschäfts- bücherfabrik (A. Hassmer) in Bonn, die Firma

Spänle in Offenbach und G. Wolfensberger in Zürich.

Zugung ist fernzuhalten von Mannheim- Ludwigshafen, Limbach i. S. und Falken- stein i. S.

Berlin. In der Luxuspapier- und Zelu- loidwarenfabrik von R. Priester u. Co., Berlin, hat das Personal die Arbeit niedergelegt und ist für Presser, Presserinnen, Koloristinnen, Sprüherinnen, Buchbinder usw. gesperrt! Wie uns mitgeteilt wird, versucht die Firma, durch Inzinate in den verschiedensten Provinzzeit- schriften Personal zu bekommen, so u. a. in Breslau. Wir machen unsern Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß über diesen Betrieb die Sperre verhängt wurde und er darum streng zu meiden ist.

Limbach. Eine öffentliche Versammlung der in Kartonnagefabriken und Buchbindereien be- schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Sonnabend, den 2. März, im Hotel „Johannisbad“ unter reger Beteiligung statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Soll der ausgearbeitete Tarif an unsere Herren Prinzipale eingereicht werden?“ referierte Gauleiter F. u. z. aus Dresden. Der Referent führte unter anderem aus, daß alle Mängel, schlechte Löhne und lange Arbeitszeit, sich nur durch tarifliche Abmachungen beseitigen ließen. Er empfahl zu diesem Zwecke den von der Limbacher organisierten Kollegenschaft ausgearbeiteten vorliegenden Minimaltarif. Weichen Beifall erntete der Redner für seine Ausführungen. An der Dis- kussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Auch wurde der Tarif in allen Positionen fast einstimmig befürwortet und die dazu gewählte Lohnkommission beauftragt, denselben sofort einzurichten. Die Ant- worten sollen bis Sonnabend, den 9. März, in den Händen der Lohnkommission sein. In einer öffent- lichen Versammlung am Sonntag, den 10. März, sollen dann den Versammelten die eingegangenen Antworten der Prinzipale mitgeteilt werden. — Hoffen wir nun, daß unsere Herren Arbeitgeber die Notwendigkeit der Einführung eines Tarifes einsehen. Die Stimmung der hiesigen Kollegen- schaft ist ausgezeichnet, das beweisen am besten die vielen Anmeldungen zum Verband.

In der Versammlung am 10. März wurde dann die entgegenkommende Antwort der vereinten Prin- zipale den Anwesenden mitgeteilt. Auch ergab die Diskussion das rege Interesse der Versammelten am Tarif und wurde die Lohnkommission beauftragt, auf Grund des von den Prinzipalen erhaltenen Be- gleitschreibens mit den Unternehmern in Verhand- lungen zu treten.

Kollegen allerorts! Da nun die Unternehmer jetzt schon Arbeitskräfte in verschiedenen Zeitungen suchen, ist es notwendig, die Orte, auf die sich unsere Organisation erstreckt, Limbach, bei Chemnitz, Oberfrohna und Hartmannsdorf, zu meiden.

Kaufbeuren. Am Montag, den 18. Februar, sollte unsere diesjährige Generalversammlung statt- finden. Sie mußte aber, da es verschiedene Mit- glieder nicht für nötig hielten, zu erscheinen, auf Sonntag, den 24. Februar verlagert werden. Der Massenbericht, von Hofbauer gegeben, weist ein erfreuliches Bild auf. Hierauf wurde zur Neuwahl des Gesamtausschusses geschritten und dann hier be- richtet werden, daß meist ältere Kollegen gewählt wurden. Einigen tranken Mitgliedern wurde ein kleiner Zuschuß aus der Lokalkasse gewährt. Auf Antrag wurde dem Kassierer ein Mantelgeld von 5 Mark bewilligt.

Kollegen! Wie bekannt, haben im vergangenen Jahre sämtliche hiesige Gewerkschaften ihre Biblio- theken zu einer gemeinsamen großen Gewerkschafts- bibliothek vereinigt und sei an dieser Stelle auf- merksam gemacht, dieselbe etwas fleißiger als im vergangenen Jahre zu benutzen. Auch wurde unse- res Gauvorstandes gedacht, von dem wir äußerst wenig zu hören bekommen und kaum wissen, ob über- haupt noch ein solcher existiert.

Wargheim. Am Sonntag, den 24. Februar, hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, welche wegen des schönen Wetters leider sehr schwach besucht war. Kollege Mann gab den Geschäftsbericht. Nach denselben fanden statt: 1 Generalversammlung, 19 Mitglieder- versammlungen, 20 Ausschußsitungen, 3 Tarif- (Werktuben-) Sitzungen, 4 Vorträge. An Ver- gnügungen: Stiftungsfeier, Weihnachtsfeier, 2 Tanz- und einige sonstige Ausflüge. Am Schlusse des Jahres 1905 zählte die Zahlstelle 52 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 1906: 273 männliche und 155 weibliche, zugereist 26, abgereist 21, ausgetreten 27 männliche, 17 weibliche, zum Militär 2, gestorben 1, aus- geschlossen 7 männliche, 2 weibliche Mitglieder. Ver- stand am Schlusse des Jahres 1906: 293 männliche



und 144 weibliche, zusammen 437 Mitglieder. Hierauf gab Zigel den Kassenbericht. Verbandskasse: Einnahme 5019,61 Mk., Ausgabe 1037,31 Mk., eingekauft 1918,62 Mk., am Ort behalten vom vierten Quartal 1906 2063,68 Mk. Lokalkasse: Einnahme 1200,14 Mk., Ausgabe 569,65 Mk., Bestand 630,49 Mk.

Sodann gab Dittrich seinen Bericht als Vertrauensmann der Stützarbeiter und schilderte er in kurzen Zügen die Lohnbewegung in der Stützarbeiter und was dadurch erreicht wurde, nämlich eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 Stunden unter Aufrechnung des jetzigen Lohnes, 10 Proz. Lohn-erhöhung, Verbesserzahlung der Ueberstunden.

An Versammlungen fanden statt: 33 Werkstübchen-, 4 Branchens-, 6 öffentliche Versammlungen und 2 Vertrauensmännerstungen. Im schriftlichen Verkehr mit den Kollegen wurden 5700 Zirkulare verteilt. Aus den Neuwahlen gingen hervor: Mann als 1. Vorsitzender, Dittrich 2. Vorsitzender, Zigel Kassierer, Gellrich Schriftführer, Nathfelder und Gafner als Revisoren, Bender als Revisor. Zum Vertrauensmann der Stützarbeiter wurde Dittrich einstimmig wieder-, zu Hausstättenern Trinks und Schulz neugewählt. Für einen kranken Kollegen wurde sodann noch eine Tellerfassung veranstaltet.

**Kottbus.** Die am 25. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Der zurückgestellte Kassenbericht vom vierten Quartal 1906 wurde vom bisherigen Kassierer Miering gegeben. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 121,45 Mark, die Ausgabe betrug 105,15 Mark, es bleibt ein Bestand von 16,30 Mark und für die Lokalkasse ein Bestand von 16,57 Mark. Die Besetzung der Delegierten zu den Gewerkschaftskonferenzen gab zu einer regen Debatte Anlaß. Es wurde hierbei beschlossen, jedem Delegierten einer zu besuchenden Konferenz 75 Pfennig Entschädigung zu gewähren. Den Kartell- und Arbeitersekretariats-Bericht für Januar und Februar erstattete der Kartelldelegierte Vogur in ausführlicher Weise. Betreffs des ersten Stiftungsfestes der Zahlstelle wird beschlossen, einen Familienabend im engeren Kreise abzuhalten. Zum Schluß wollen wir noch mitteilen, daß sich in letzter Zeit eine rege Tätigkeit bemerkbar macht und auch der Versammlungsbesuch erfreulich ist. Hoffentlich ist dies von Dauer und nicht bloß eine „vorübergehende Erscheinung“.

**Würzburg.** Auf Ansuchen der Zahlstelle Würzburg entsandte der Gauvorstand zur Regelung resp. Orientierung über dortige Verhältnisse den Kollegen Kemsel.

Für Montag, den 27. Februar, war von dem Vorsitzenden der Zahlstelle Würzburg eine außerordentliche Generalsversammlung einberufen. Zu derselben war außer dem Kollegen Kemsel aus Würzburg auch der Vorsitzende des Würzburger Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Morin, geladen. Die Tagesordnung lautete: 1. Auf welche Art und Weise können in unserer Zahlstelle wieder ruhige und geordnete Verhältnisse geschaffen werden? 2. Wahl eines Bevollmächtigten.

Der Vorsitzende Walter gibt einen kurzen Ueberblick über die Geschichte der Zahlstelle seit ihrer Gründung. Redner schildert die Verhältnisse, wie solche in der Zahlstelle seit dem Jahre 1896 bis heute vorhanden waren. Wenn auch manche Differenzen und Streitigkeiten einen vorübergehenden Mähten in die Reihen der Kollegen gebracht haben, so waren dieselben immer wieder in kurzer Zeit vorbei, ohne der Zahlstelle den geringsten Abbruch zu tun. Dieses Verhältnis habe sich jedoch seit der Gründung einer Filiale des christlichen graphischen Verbandes vollständig geändert, und heute herrsche innerhalb der Kreise der Kollegen eine Zwietracht, die für die weitere Entwicklung der Zahlstelle das schlimmste befürchten läßt. Die Art und Weise, wie diese Brüder es verstehen, Kollegen, die lange Zeit schon unserer Organisation angehören und auch Verwaltungsposten inne hatten, für sich zu gewinnen, sei unerhört. Es sei bedauerlich, daß diese Kollegen mit den Christlichen so harmonisieren, und erklärte er zum Schluß seiner Ausführungen, daß es ihm unter solchen Umständen nicht mehr möglich sei, der Zahlstelle vorzutreten.

In der nun folgenden Diskussion versuchte Kollege Dunkel diese Harmonie, die zwischen ihm und den Christlichen vorhanden sein sollte, zu befreiten. Auch einige andere Kollegen fassen die betreffenden Vorkommnisse als durchaus harmlos auf und wollen von einer ersten Bestimmung unter den Kollegen nichts bemerkt haben.

Walter sowohl wie Fuchs sind jedoch gegen- teilig Meinung. Direkte Beweise für irgend eine unkollegiale Tat konnten indes nicht erbracht werden. Kemsel sowohl wie Genosse Morin beschränkten sich deshalb darauf, den versammelten Kollegen die christlichen Bestrebungen in Theorie und Praxis zu schildern und mit den Kollegen energisch vor jeder Harmonieüberlei mit den Christlichen zu warnen. Kollege Kemsel führte einige Stellen aus der Rede

des christlichen Agitators Giesberts auf dem 6. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau an und stellt dieselben Ausführungen die Taten jener Herren (Streikbruch der Tischler in Köln, der Grabeure in Berlin usw.) gegenüber.

Diese Worte riefen nicht ohne Eindruck und am Schluß versprachen die Versammelten, mehr wie zuvor für die Interessen unserer Organisation einzutreten und jede Verführung mit den Christlichen möglichst zu vermeiden. Nachdem nun der erste Punkt in dieser Weise besprochen wurde, erlebte sich der zweite Punkt: Wahl eines Vorsitzenden, von selbst und Kollege Walter ließ sich auch hierbei, die Geschäfte der Zahlstelle weiter zu führen in der Erwartung, daß nunmehr wieder Ruhe und Eintracht herrschen würde.

**Berlin.** In der am 28. Februar 1907 in den Arminhallen stattgefundenen gut besuchten Branchenversammlung der Buchbinder erstattete der Kollege Wienke den Bericht von den am 20.—24. Februar gepflogenen Tarifrevisionsverhandlungen in Leipzig. Redner führte aus, daß auf Grund des Vertrages die Revision in die für uns ungünstigste Zeit verlegt worden war und deshalb von vornherein feststand, daß bei diesen Verhandlungen nicht besonders viel für unsere Kollegenchaft herauszuringen konnte. Auch haben die Verhandlungen gezeigt, daß die Herren Arbeitgeber sich durchaus als die Herren der Situation fühlen. So haben die Arbeitgeber von vornherein erklärt, daß sie jede Erhöhung der einzelnen Positionen ablehnen müßten. Die Berliner Delegierten hätten denn auch alle Hände voll zu tun gehabt, um nur die Verschlechterungen abzuwehren, die der Berliner Kollegenchaft zugebracht waren. So habe man verlangt, daß die für Berlin günstige Bestimmung, wonach für Satz- und Vordruckerarbeiten die Bogengröße als Format gelte, in Wegfall kommen sollte. Auch habe man verlangt, daß für Vordruckerarbeiten, welche von Mädchen hergestellt werden, ein 20prozentiger Lohnabzug ein- treten solle. Hiergegen haben sich die Berliner Delegierten energisch gewehrt und sei es deshalb unter den Delegierten zu scharfen Diskussionen gekommen. Mit Mühe und Not sei es dem gelungen, den bisherigen Zustand zu erhalten. Eine generelle Regelung der Prozentabzüge bei Benutzung der Ausschermaschine habe sich ebenfalls nicht durchsetzen lassen, da die Prinzipale in Uebereinstimmung mit den Delegierten von Leipzig und Stuttgart 25 Proz. vorschlugen, die Berliner Delegierten aber nicht über 20 Proz. hinausgehen wollten. Es bleibt deshalb für Berlin auch in dieser Sache der bisherige Zustand bestehen. Im weiteren ging Redner auf die einzelnen Veränderungen ein, welche festgelegt wurden, und betonte, daß alles versucht worden sei, um etwas wesentlich Besseres zu erreichen. Aber unter den obwaltenden Verhältnissen müsse man sich mit dem Erreichten begnügen.

In der Diskussion machte der Kollege Niemer seinem Unwillen darüber Luft, daß die Arbeitnehmervertreter sich bereit erklärt hätten, das „Nähen der Bücher ohne Einpressen“ herabzusetzen. Es bedeute das für die Schnittmacher eine Verschlechterung von 53 Proz.

Kollegin Koszielnia bedauert, daß die Kollegen so wenig Interesse zeigten, man müsse deshalb glauben, daß die 5 Pf. Lohnserhöhung bei den Dreifrischbogen sie vollständig befriedige. Es beteiligten sich noch an der Diskussion die Kollegen Kloth, Klar und Kollegin Sieber.

In seinem Schlußwort machte der Kollege Wienke verschiedene Wichtigstellungen und bestritt entschieden, daß die Preise der Schnittmacher eine bedeutende Herabsetzung erfahren hätten. Es sei lediglich ein Zustand, der bisher bestand, tariflich festgelegt worden. Außerdem habe man dafür von den Prinzipalen eine Erhöhung der Preise für das Glätten der Marmorstücke zugestanden bekommen. Im übrigen bittet er die Anwesenden, für die strikte Durchführung des Tarifs Sorge zu tragen und alle Durchbrechungen des Tarifs unverzüglich der Tarifkommission zu berichten.

**Halle.** Die Mitgliederversammlung vom 2. März beschäftigte sich in der Hauptsache mit zwei Anträgen, die die Zahlstelle dem Verbandstage zugehen lassen will. Der erste Antrag fordert die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für die Provinz Sachsen. Begründend wurde hierzu ausgeführt, daß Agitation und Organisation in unserer Provinz sehr viel zu wünschen übrig lassen. Der bisherigen Gau- leitung ist es unmöglich gewesen, befruchtend wirken zu können, da der Gauleiter durch seine anderen Arbeiten verhindert war, so einzugreifen, wie es im Interesse des Verbandes gelegen hätte. Inshesondere an diesen Antrag fordert der zweite die obligatorische Verpflichtung der einzelnen Gawe, mindestens all- jährlich einen Gawait abzuhalten. Hierbei wurde bemerkt, daß durch derartige Zusammenkünfte viel mehr Zusammenhalt zwischen den einzelnen Zahl- stellen geschaffen wird. Gewiß halten einzelne Gawe jetzt ihre Gawait ab, aber der Verbandstag soll hier

die Bestimmung treffen, daß Gawaitage abgehalten werden müssen. Die Zahlstelle hatte beim Gau- vorstand die Abhaltung eines solchen Tages be- antragt, hat aber, wie es scheint, keine Gegenliebe gefunden. Man hielt es nicht einmal für nötig, diese Anregung zu beantworten. Es ist durch verschiedene Verhältnisse nicht möglich gewesen, zu Beginn des Jahres einen Bericht zu geben. Deshalb wollen wir heute noch einige Ziffern bekannt geben. Die Zahl- stelle hatte im Jahre 1906 an Einnahmen (Zentral- kasse) 1034,12 Mk., an Ausgaben 916,31 Mk. zu ver- zeichnen. Die Lokalkasse wies 208,48 Mk. an Ein- nahmen und 128,85 Mk. an Ausgaben auf. Am Schluß des Jahres waren 42 Mitglieder vorhanden. Hoffentlich wird im nächsten Jahre der Bericht ein wenig besser lauten können.

**Dresden.** Am Sonnabend, den 2. März fand in Adams Restaurant eine gutbesuchte Versamm- lung statt. Der Vorsitzende wies zunächst auf die persönlichen Zwistigkeiten hin, welche in der letzten Versammlung bei Beratung des Anstellungsver- trages für den Lokalbeamten zum Ausdruck kamen. Da diese Versammlung vertagt werden mußte, hätte sich eigentlich eine weitere Versammlung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die Ortsverwaltung war aber der Ueberzeugung, daß ein nochmaliges Eingehen auf jene unerquicklichen Verhältnisse nicht im Interesse der Zahlstelle liegen könnte und kamen beide Parteien schließlich darin überein, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dasselbe hat am 24. Februar getagt. Als Un- parteiische waren der 2. Vorsitzende des Verbandes, Paul Schneider-Berlin und 2 Vertreter des Dres- dener Gewerkschaftskartells anwesend.

Den Bericht über die Verhandlungen gab der Vertreter des Kartells Genosse Sauer. Er ließ zunächst die persönlichen Streitigkeiten kurz Revue passieren und brachte der Versammlung zur Kennt- nis, daß die zu den Einigungsverhandlungen zu- gezogenen unparteiischen Personen in erster Linie das im letzten Versammlungsbericht erwähnte Flug- blatt verurteilen müssen, da ein derartiges Vorgehen unmöglich dazu beitragen könne, ein gezieltes Zusammenarbeiten der beteiligten Kollegen zu ermöglichen. Der Berichterstatter gab dann weiter die in Vorschlag gebrachten Einigungsbedingungen bekannt. Dieselben gipfeln in der Hauptsache in einer Verschlebung der an der Verwaltung beteilig- ten Kollegen und zwar sollte D. Kloth an Stelle Ffikes als Kartelldelegierter, Werner an Stelle Altmanns als Revisor und Jemrich an Stelle Franke als Vertrauensmann der Kartonnagen- branche treten, während Jeddel als 3. Vertrauens- mann der Druckerbranche neu gewählt werden sollte. Redner empfiehlt der Versammlung, im Interesse der Einigkeit diese Vorschläge zu bestä- tigen, da es der Zahlstelle nur zum Vorteil gereichen könne, wenn eine Verständigung herbeigeführt würde. Ergänzend zu diesen Ausführungen er- klärt der Vorsitzende W. Kloth, daß die kritische Gehaltsfrage sowie der Anstellungsvertrag im all- gemeinen ihre Erledigung ebenfalls gefunden haben, indem der von den Vertrauensmännern gemachte Entwurf zur Annahme gelangte und konnte er weiter die Mitteilung machen, daß Berg- mann seinen diesbezüglichen Antrag zurückziehe, vorausgesetzt, daß die Zahlstelle dem nächsten Ver- bandstag einen Antrag, die Lokalbeamten be- treffend unterbreite. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung widerspruchlos zur Kenntnis ge- nommen respektive bestätigt. Im weiteren gibt der Vorsitzende bekannt, daß sich die Kollegen Ffike und Franke, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, mit den gestellten Forderungen ein- verstanden erklärt haben. Altmann, der bei den Verhandlungen nicht zugegen war, ist vom Be- vollmächtigten ersucht worden, sich aus gleichem Grund diesen Erklärungen anzuschließen, jedoch ohne Erfolg, da Altmann die Entscheidung hier- über der Versammlung überlassen will. Redner ersucht zum Schluß die Versammlung, ebenfalls die gemachten Einigungsvorschläge zu bestätigen, um die Zahlstellen wieder auf eine gesunde Basis zu bringen.

Als Gegenredner erklärt Seide, daß er es nicht verstehen könne, wie die Leiter der Zahlstellen der- artige weitgehende Bedingungen akzeptieren konnten; denn niemand habe ein Recht, Personen, denen die Versammlung ihr Vertrauen geschenkt habe, so ohne weiteres von ihren Posten zu ent- fernen. Ebenso unzulässig sei es, daß die gewählten Kollegen aus einem derartigen Grund von den ihnen anvertrauten Posten zurücktreten. Wenn die Ver- sammlung einigermassen etwas auf sich halten, könne sie die gemachten Vorschläge auf keinen Fall be- stätigen. Er persönlich betrachte die ganze An- gelegenheit direkt für undisputabel und beantrage, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Klappert weidet sich gegen diesen Antrag und hält eine sach- liche Aussprache für geboten. Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages mit großer Mehr-

heit. O. Kohl bemerkt, daß einige Kollegen, die bei den Verhandlungen zugegen waren, für den Antrag gestimmt haben, was vom Vorsitzenden gerügt wird.

Hierauf referierte Genosse Renke über: „Die Kunst im Dienste des Volkes“ und erntete er für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Unter Punkt 3 bringt der Vorsitzende zunächst zur Kenntnis, daß Kollege Prauser verstorben ist und wird dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt. Weiter wird auf die am 23. März im „Bürgerkasino“ stattfindende Innungsversammlung hingewiesen und zu zahlreichem Besuch aufgefordert. Lange gibt bekannt, daß noch einige Verbandsplakate vorhanden sind und ersucht er diejenigen Kollegen, welche Gelegenheit haben, dieselben in geeigneten Lokalen auszuhängen, sich bei ihm zu melden. Weiter macht er auf die vom Verbandsvorstand herausgegebene Agitationsbrochure aufmerksam und ersucht die Vertrauensleute um zweckentsprechende Verbreitung derselben. Ferner werden die Branchenvertrauensleute aufgefordert, überall dort, wo es einigermaßen zugänglich, Werkstubeisitzungen abzuhalten, um mit den Mitgliedern in engere Fühlung zu kommen. Doch sollen diese Sitzungen rechtzeitig im Bureau gemeldet werden.

Legler teilt noch mit, daß er sich dadurch, daß die Versammlung die gemachten Einigungsbedingungen abgelehnt hat, veranlaßt fühlt, sein Amt als Beisitzer niederzulegen.

Der die mehrfach erwähnten Einigungsverhandlungen leitende 2. Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Paul Schneider, übermittelt uns nachstehenden Bericht der Einigungsverhandlungen, den wir im nachstehenden zum Abdruck bringen: Die Red.

Im Anschluß an den Bericht der Zahlstelle Dresden komme ich nun auch dem Wunsch nach, einen Bericht über die am 24. Februar stattgefundene Einigungsverhandlung zu geben.

Anfang Februar ging beim Verbandsvorstand von der Verwaltung obengenannter Zahlstelle ein Schreiben ein, worin derselbe ersucht wurde, eingetretene Zwistigkeiten, welche unter einzelnen Kollegen dort entstanden waren, durch einen Unparteiischen zu schlichten. Der Unterzeichnete wurde zu diesem Posten bestimmt, da, wie der Verbandsvorstand sehr richtig beurteilte, dies jemand sein müsse, der weder der einen noch der anderen Partei näher bekannt war. Am 24. Februar fand nun, wie oben angegeben, die fragliche Einigungsverhandlung im „Senefelder“ statt, welche über 6 Stunden dauerte. Die Auseinandersetzungen fanden in der sachlichsten Weise statt, so daß von meiner Seite nur sehr wenige Monitis zu machen waren. Nachdem sich alle Beteiligten genügend ausgesprochen hatten, ebenso die von meiner Unterstützung beorderten Beisitzer vom Gewerkschaftskartell ihrer Meinung Ausdruck gegeben hatten, trat eine vierstündige Pause ein, in der sich die Parteien getrennt auf Einigungsvorschläge beraten sollten. Als dies geschehen, gaben beide Parteien ihre Vorschläge uns kund. Kollege Pflüge erklärte schon vorher und auch wiederholt bei den Vorschlägen, daß er von seinem Posten als Kartellbeisitzer zurücktreten wolle, um dem Kollegen Oskar Kohl Gelegenheit zu geben, diesen Posten wieder zu übernehmen. Es muß noch hervorgehoben werden, daß Kollege Pflüge, trotzdem er einer derjenigen war, welcher unbedingterweise am meisten angegriffen wurde, am friedfertigsten sich zeigte. Das Kartellmitglied Genosse Sauer gab, nachdem er befragt wurde, seiner Meinung dahin Ausdruck, daß gegen Kollegen Oskar Kohl nicht das mindeste vorliege, den Posten wieder einzunehmen, sondern er bekundete, daß Kohl ein fleißiger Mitarbeiter im Kartell gewesen sei. Weiter wurde noch gefordert, daß man auch für Werner, welcher ebenfalls erklärte, wieder mitarbeiten zu wollen, einen Posten als Revisor freimache, ebenso für Jennrich einen solchen als Vertrauensmann der Kartonbranche und für Zebdel einen neuen für die in Buchbinderzweigen tätigen Kollegen schaffe. Es erklärte sich sofort Kollege Fraake bereit, zugunsten Jennrichs zurückzutreten und Kollege Valentin Kohl übernahm es, Altmann zu bewegen, da dieser zwei Posten in der Verwaltung besetzt, von dem als Revisor zurückzutreten, um diesen für Werner frei zu machen. Zum Schluß sollte das Vergütungskomitee von der Verwaltung getrennt werden, welcher Antrag ebenfalls Annahme fand. Nachdem nun alle untereinander einig und demgemäß einstimmig beschlossen war, gab ich ein kurzes Resümee, das darin gipfelte, daß von beiden Seiten gesagt worden ist, Unstimmigkeit war das Hauptblatt. Einen Schiedsspruch wollten wir nicht fällen, sondern wollten auf Grund dieser Aussprüche von Männern, welche ernstlich gewillt sind und ein besonderes Interesse an der Weiterentwicklung der Zahlstelle Dresden haben, wünschen, daß nunmehr ein gedeihliches Zusammenarbeiten stattfindet. Steiner soll sich als zurückgezogen fühlen oder als beleidigt betrachten, aber alle sollten einmütig für diesen

Beschluß in der nächsten Versammlung eintreten. Dieses wurde allerseits versprochen.

Paul Schneider,  
2. Vorsitzender des Verbandsvorstandes.  
Nachsch: Wie nun aus dem Bericht über die Versammlung vom 2. März hervorgeht, ist in der Versammlung anders beschlossen worden, was sehr zu bedauern ist. Ob Kollege Seib der Zahlstelle Dresden mit seinem Antrage einen Dienst erwiesen hat, ist mehr denn zweifelhaft; aber noch mehr ist zu bedauern, daß alle diejenigen, welche am 24. Februar in der Einigungsverhandlung ihr Wort gaben, für die dort gefassten Beschlüsse einzutreten, dieses so schamde gebrochen haben. D. O.

Eine weitere Zuschrift erhielten wir noch von den Kollegen Oskar Kohl und E. Werner, Dresden, welche, weil mit der im vorstehenden behandelnden Sache zusammenhängend, ebenfalls im Anschluß hieran Platz finden soll. Die Red.

Den Delegierten zur Limbacher Konferenz zur Mitteilung, daß Unterzeichnete sich gezwungen sehen, ihr Amt als Mitglied der Zentralkommission der Kartomagenbranche niederzulegen. Die in Dresden bestehenden Differenzen haben zu einem Schiedsgericht geführt, welches Einigungsbedingungen annahm, zu deren Durchführung sich sämtliche Anwesende einstimmig verpflichteten. Der uns gegnerische Teil der Kollegen hat aber dann bei der Durchführung einen solchen Grad von Unschicklichkeit bewiesen, daß uns vorläufig jedes weitere Mitarbeiten unmöglich ist. Wir haben die Ortsverwaltung ersucht, baldigst Neuwahlen vorzunehmen, so daß eine Verzögerung der statistischen Arbeit nicht eintritt. Oskar Kohl. Ernst Werner.

Hannover. Am Montag, den 4. März, fand in Wiebtrauks Hotel die erste gut besuchte Liniierer-Versammlung nach der Lohnbewegung in Anwesenheit des Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle statt. Kollege Mh gab ausführlichen Bericht über die Session. Er teilte mit, daß die seinerzeit versandten Fragebogen, welche den Zweck haben sollten, eine genaue Statistik über die Lage der Liniierer in anderen Städten aufzustellen, nicht in gewünschter Weise ausgeführt waren. Zur Lohnbewegung übergehend ist zu konstatieren, daß die Liniierer sich an derselben tatkräftig beteiligt hätten. Leider sind nicht alle ihre Wünsche in Erfüllung gegangen, aber in bezug auf frühere Jahre ist hier etwas ganz vorzügliches geleistet. In erster Linie sei es nur dem einmütigen und geschlossenen Zusammenhalten zu verdanken.

Hierauf sprach der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle, Kollege Stutenbrud, noch zur Lohnbewegung und wies den Vorwurf zurück, daß die Kommission nicht mehr für die Liniierer herausgeholt hätte. Er sei der Ansicht gewesen, daß es die Liniierer nicht ernst nehmen würden und auch nicht auf sie zu rechnen sei. Aber er sei doch eines Besseren belehrt. Er geht auf die Vorteile, welche die Kollegen, speziell die jüngeren, erhalten haben, ein und betont, daß die Liniierer ganz gut abgeschnitten hätten. Des weiteren machte er bekannt, daß auf dem nächsten Verbandstage die Liniiererfrage zur Sprache kommen könnte und es in den Händen der Kollegen läge, wenn eine Liniiererkonferenz stattfinden könnte. Kollege Mh schließt hierauf die Versammlung mit der Aufforderung, die jetzt regelmäßig im Monat stattfindenden Liniiererversammlungen zu besuchen.

Baut-Wilhelmshaven. Am 9. März fand im Gewerkschaftshaus unsere Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kartellbericht. 2. Extrasteuer von 10 Pf. pro Monat. 3. Verschiedenes.

Aus dem Kartellbericht ist erwähnenswert, daß von den Maurern der Antrag gestellt worden ist, die Ausgaben für die Bauarbeiterchulskommission aus der Kartellkasse voll zu bezahlen. Dieser Antrag sei mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Hierüber entspann sich eine rege Debatte. Das Resultat derselben war, daß gegen diesen Beschluß Protest eingelegt werden soll. Auch andere Gewerkschaften wollen dies tun.

Der Besuch der Zentralfreiberge der Gewerkschaften durch Fremde läßt zu wünschen übrig. Um den Fremdenverkehr zu heben, gibt das Kartell den Gewerkschaften anheim, 10 Pf. pro Nacht aus dem Lokalfonds zuzuzahlen. Ein Nachklogis kostet 40 Pf.; somit würden die Fremden nur 30 Pf. zu zahlen haben und hofft das Kartell durch diese Maßnahme den Verkehr zu heben. Auch hierüber wurde lebhaft diskutiert, was zur Folge hatte, daß wir unsere Lokalunterstützung erweiterten. Für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte wurde immer schon 50 Pf. aus der Lokalkasse bezahlt. Dieses bleibt bestehen. Neu hinzu kommt, daß wir für die erste Nacht eine Schlafmarke von 40 Pf., für die zweite, dritte und vierte Nacht eine solche von 10 Pf. gewähren. Vorstehende Unterstützung wird an alle zureisenden Kollegen bezahlt.

Nun hat der Vorstand, um obige Lokalunterstützung durchführen zu können, die heikle Frage der Extrasteuer nochmals auf die Tagesordnung gesetzt. Beschlossen wurde nach lebhafter Debatte einstimmig, 10 Pf. pro Monat zu erheben, und wenn wir zur Erhebung desselben die Zustimmung des Hauptvorstandes nicht bekommen sollten, wir obige Lokalunterstützung fallen lassen.

Mögen die Kollegen das im Verschiedenen zur Sprache gebrachte beherzigen und die persönlichen Streitigkeiten bei Seite lassen, denn nur durch gemeinsames Arbeiten können wir Gutes schaffen.

Am 13. April findet unsere nächste Versammlung statt. Die Kollegen werden gebeten, bis dahin ihre Beiträge in Ordnung zu bringen, um ein pünktliches Abrechnen zu ermöglichen. Dadurch würde der Vorstand überhoben, seine Mahnzettel zu verschicken. Zur jeder seine Pflicht.

Nachen. Man muß ihnen doch mal wieder auf die Finger klopfen, diesen christlichen Gemütsheulen der Gewerkschaftsbewegung. Denn das, was die „Graphischen Stimmen“ in der letzten Nummer unter „Nachen“ ihren Lesern anbieten, das setzt doch allem die Krone auf. Der Wortlaut dieser Lüge ist folgender:

„Wie überall, so waren wir auch in Nachen genötigt, den sozialdemokratischen Gewerkschaften etwas mehr auf die Finger zu setzen, wobei im Punkt „Tarif“ die bedauerlichsten Mißgriffe zutage getreten sind und von den Genossen auch neueren Datums wieder einige ans Tageslicht befördert wurden, welche nicht einmal den Mindestlohn erhalten.“

Dieser Passus ist wieder ein Schlag ins Gesicht, nämlich für den christlich-graphischen Verband, Zahlstelle Nachen.

Seinerzeit sind 5 Kollegen von den Christlichen zu uns herübergetreten. Es wurde festgestellt, daß 2 Kollegen der Firma F. S. Mehno mit je einer Part unter Tarif bezahlt wurden und dieses dem Vorsitzenden der Christlichen bekannt war, denn die beiden Kollegen haben ihn darum angegangen, er hat es aber nicht der Mühe wert gehalten, sich hierum zu kümmern. Als die Kollegen nun die Vertretung ihrer Interessen von der christlichen Seite vernachlässigt sahen, traten sie zu uns herüber. Wir können uns mit dem Bewußtsein zufrieden geben, unsere Pflicht getan zu haben, denn am darauffolgenden Sonntag, nach der stattgefundenen Werkstubebesprechung, wurden die betreffenden Kollegen richtig entlohnt.

Der neue Vorstand unserer Zahlstelle hat es sich zur Pflicht gemacht, allen Mängeln in der Tarifangelegenheit energisch zu Leibe zu rücken und werden wir auch nicht veräumen, eine Werkstubebesprechung der Firma Genlen u. Nebe einzuberufen, und da wollen wir mal sehen, ob die Herren Christlichen soviel Ehrgefühl besitzen und eingesehen werden, wenn sie unter Tarif entlohnt werden. Wir glauben's nicht.

Wir wollen den aufrichtigen und ihre Interessen ernst nehmenden Kollegen des Christlich-graphischen Verbandes nur den Rat geben: Hinein in den Deutschen Buchbinderverband! Laßt Euch nicht verheßen, wenn sie auch schimpfen, wir seien Sozialdemokraten; daß dieses eine Lüge ist, wissen sie selber, denn in unserer Zahlstelle sind genug gute Christen, die sich mit Abscheu von dem sich christlich schimpfenden Verbands abgewendet haben.

Essen. Endlich hört man wieder etwas von Essen, werden viele Kollegen ausrufen, welche das zweifelhaftes Vergnügen hatten, hier in Kondition gestanden zu haben. Und in der Tat, verschwiegen sind wir. Man könnte zu der Annahme kommen, daß diese „Schreibfaulheit“ eine Folge von Organisationsfaulheit sei. Daß dieses nicht der Fall ist, werden alle diejenigen Kollegen wissen, welche das Berufsleben am Orte kennen. Es ist aber jetzt an der Zeit, die Essener Kollegen daran zu erinnern, daß sie nicht bloß ihre Beiträge entrichten, sondern auch ihren übrigen Pflichten dem Verbands gegenüber nachkommen. Unser Versammlungsbesuch könnte wohl einen Nichtkenner der Verhältnisse zu der Annahme verleiten, daß die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts zu wünschen übrig lassen. Dies wäre natürlich ein schwerer Irrtum. Tagtäglich hört man die Kollegen über geringen Lohn, schlechte Behandlung usw. klagen und der große Stellungswechsel zeigt, daß diese Klagen berechtigt sind. Daß die Kollegen aber zum großen Teil selbst Schuld an diesen Verhältnissen tragen, gestehen sie nicht ein. Ein Rezept für Beseitigung solcher Mißstände ist darum sehr gut angebracht, wenn auch Einzelne nicht so gut dabei abschneiden werden. Wie schon angeführt, hält es ein Teil der Kollegen gar nicht für notwendig, die Versammlungen zu besuchen, um mit zu raten und zu taten. Der Vorstand, welcher sich die größtmögliche Mühe gibt, muß mit ansehen, daß seine Arbeit auf unfruchtbaren Boden fällt.



Da sind z. B. die Kruppschen Kollegen, welche in bezug auf „Versammlungsschwänzerei“ den Rekord halten. Ist es die „Lebensstellung“, welche diese Kollegen zu solcher Interessenlosigkeit verleitet? Man muß es annehmen. Die Einwirkungen der dort beschäftigten Indifferenten scheinen auf fruchtbaren Boden zu fallen. Die verschiedensten Vorkommnisse in diesem Betriebe hätten doch die Kollegen schon längst davon überzeugen müssen, daß nicht alles so ist, wie es sein müßte, und daß von Lebensstellung gar keine Rede sein kann. Es ist notwendig, gerade dort einig und geschlossen dazustehen, um den Schikanen der verschiedenen Seiten einmütig ein energisches Halt zu gebieten. Des näheren auf die dortigen Verhältnisse einzugehen, soll einem „Spezialartikel“ überlassen bleiben.

Aber nicht nur die Kruppschen Kollegen, sondern auch die der Kleinbetriebe scheinen den Versammlungsbesuch für überflüssig anzusehen. Die unbehaltbaren Zustände existieren zum Teil in diesen Betrieben. Statt in der Versammlung diese Angelegenheiten zur Sprache zu bringen und auf Abhilfe zu dringen, werfen die Kollegen lieber die „Brodten“ hin, um in anderweitige Stellung zu treten. Daß auf diese Art und Weise nichts erreicht werden kann, ist selbstverständlich. Theaterabende, Willard- und Kartenpiel usw. sind es, welche oft der „Wichtigkeit“ halber den Versammlungen vorgezogen werden. Kollegen, welche sich eine vorzügliche politische Bildung anmaßen, sind es, welche in vernünftiger Weise andere von den Versammlungen fernzuhalten suchen. Dieses und so vieles mehr darf nicht vorkommen! Nur intensive gewerkschaftliche Arbeit bringt uns zum Ziel. Nur regelmäßiger, pünktlicher Versammlungsbesuch kann zur Schulung und Bildung der Kollegen beitragen. Stark genug und gut genug fundamtiert ist unsere Zahlstelle, es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn nicht Erfolge unsere gewerkschaftliche Arbeit krönen sollten.

Effener Kollegen, verhütet, daß es jemals wieder zur Notwendigkeit wird, den Raum unserer Zeitung für solche „Sitaneien“ in Anspruch zu nehmen. Tut Eure Pflicht als Verbandsmitglieder und dann muß Einigkeit und Geschlossenheit uns zum Sieg über das Unrecht verhelfen.

**Geislingen i. B.** In der Württembergischen Metallwarenfabrik, wo in letzter Zeit die Gewerkschaften recht gute Fortschritte erzielt haben und sich die Direktion auch neutral verhalten hat, scheint wieder einmal ein anderer Wind zu blasen. So folgten die Stuisarbeiter dem Beispiel anderer Werkstätten und hielten eine Werkstättenversammlung ab, um sich über die bestehenden Mißstände auszusprechen und sich ihrer Organisation anzuschließen. Dieses scheint jedoch der Direktion, vor allen Dingen aber dem Meister der Stuismacher, Knoblauch, nicht gefallen zu haben, denn am anderen Tage hielt derselbe zweien Verbandskollegen, welche er als Hauptattentäter ansah, eine schöne Ansprache: „Sie hehen und wühlen mir die ganze Werkstatt auf mit Ihrem frechen und naseweisen Maul; Sie machen mir die zufriedenen Leute unzufrieden, und wenn Sie noch einmal Ihr Maul auf tun, bekommen Sie nächsten Tagstah gekündigt!“ Wir hätten doch etwas mehr Anstand und Bildung von einem Vorgesetzten erwartet. Wir glauben nicht, daß man in der betreffenden Werkstatt die Leute noch aufzuheben braucht, denn dafür sorgen schon die bestehenden Zustände. Es steht hier das Affordsystem in schönster Blüte. Wenn man eingestellt wird, heißt es, daß man 40 Pf. und mehr die Stunde verdient, jedoch gar zu bald wird man gewahrt, daß 30 bis 32 Pf. die Stunde keine Seltenheit ist, mit Ausnahme derjenigen, die lieb Kind bei dem Meister sind oder eine gutbezahlte Affordarbeit bekommen. Wenn sogar die äußerst frommen Arbeiter rebellisch werden und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, dann müssen im allgemeinen die Löhne doch zu niedrig sein. Leider sind in dieser Werkstatt noch eine ganze Anzahl Arbeiter, welche sich „zu gut“ dünken, einer Organisation beizutreten. Drachte es doch sogar ein früherer eifriger Genosse fertig, der stets sehr für die Gewerkschaft eingetreten ist, sofort, als es zum Handeln kam, seiner Partei den Rücken zu kehren. Dies soll und muß anders werden. Ein jeder sollte erst an die Verbesserung seiner Lage denken, als in einer Anzahl bürgerlicher Vereine eine „große Rolle“ spielen zu wollen.

Zu, nur zu bald sind die süßen Versprechungen der Herren Fabrikanten, welche uns während der Wahlzeit gemacht wurden, verfliegen. Auf Wahlreisen zu geben und für die „nationale Ehre“ zu kämpfen, die Sozialdemokratie mit samt der „gewerkschaftlichen Hebern“ in Grund und Boden zu verdammen, das war die Lieblingsbeschäftigung der Herren, die da 20 Proz. Dividende einstecken. Ihren Arbeitern aber, die ihnen Riesenschätze in die Tasche arbeiten, annehmbare Löhne zu zahlen, sie als Menschen, als gleichberechtigte Faktoren zu behandeln, fällt ihnen gar nicht ein. Hoffentlich werden die Arbeiter

die Schlussfolgerung aus dem Verhalten ihrer Arbeitgeber während der Wahlzeit ziehen und bis zum letzten Mann der Organisation, dem Deutschen Bundbinderverband, beitreten.

**Bundschau.**

**Der neue Reichstag im Zeichen der Sozialpolitik.** Während des verflochtenen Wahlkampfes haben die bürgerlichen Parteien in der Anpreisung ihrer großen sozialpolitischen Absichten des Guten etwas sehr viel getan. Die Versprechungen, die in jenen aufgeregten Zeiten gemacht wurden, einzulösen, wird, sofern sie wirklich die reelle Absicht hierfür haben, ihnen noch manches Kopfzerbrechen machen, da sie, soweit die liberalen Parteien in Frage kommen, zu sehr von der Reaktion abhängen. Nun, sie wurden ja auch nicht zu dem alleinigen Zweck gemacht, dem Verlangen der arbeitenden Bevölkerung entgegenzukommen. Vielmehr war es ihre Bestimmung, die Wähler durch die ausgeworfenen sozialpolitischen Reden zu betören und über das Volkseindliche in den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien hinwegzutäuschen. Die Absicht ist erreicht und zwar erreicht durch die tätige Mithilfe der Regierung. Und auch die Regierung mußte, gezwungen durch die außerordentlichen Umstände, sich zu Konzessionen bereit erklären. Daß diese sich einzig und allein gegen die politische Vertretung der Arbeiterklasse richteten, ist nichts Neues. Selbst in der Thronrede, die der Kaiser am 19. Februar zur Eröffnung des Reichstages hielt, ist nichts anderes enthalten als nur Angriffe gegen diese Partei. Es befindet sich darin unter anderem folgende Stelle: „Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Neue Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatze der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.“ Und just in derselben Zeit, in der die Regierung verspricht, das soziale Werk fortzusetzen, erhebt sich bereits auch schon die Propaganda gegen die an sich löbliche Absicht der Regierung. Innungsstöcke sind, die den Reigen eröffnen. So wußte vor einigen Tagen die „Leipziger Volkszeitung“ zu berichten, daß der Leipziger Innungsausschuß nach einem Vortrag über die Sozialgesetzgebung nachstehende Resolution angenommen habe: „Die Plenarversammlung der im Leipziger Innungsausschuß vereinigten Innungen spricht sich dahin aus, ihren Vorkat zu erlösen, beim Zentralausschuß deutscher Innungsverbände sowie den Arbeitgeber- und den politischen Verbänden dahin vorstellig zu werden, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtig im Vordergrund stehenden sozialpolitischen Gesetze, keine neuen Lasten aufgeworfen werden möchten. Da die bestehenden sozialpolitischen Gesetze eine derartige Belastung mit sich gebracht haben, daß die beteiligten Arbeitgebertreife an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind und befürchtet werden muß, daß dieselben finanziell dem Ruin entgegengeführt werden, spricht sich die Versammlung entschieden gegen die geplante Einführung der Arbeitsversicherung aus, da die Konsequenzen als unübersehbare bezeichnet werden müssen.“

Eine andere Stellungnahme kann man von den vorgezogenen Posten unserer Scharfmacher nicht erwarten. Die Inspirationen der Herren von der „Arbeitgeber-Zeitung“ und deren Hintermännern äußern sich eben auf diese Art. Doch ist dies nur das Vorpiel, das kongert wird bald beginnen. In diese Leiden und zaghaften Töne der Innungsstätten wird sich gar bald der Pauken- und Trompetenschall der Großindustriellen und Kapitalisten mischen. Und dieser ohrenbetäubende Lärm wird die Illusion einer neuer liberalen Ära verschleichen und das graue Gespenst der ärgsten Reaktion wird sich als der Teufel entpuppen, dem sich der Liberalismus mit Haut und Haaren verschrieben hat. In dieser Tatsache ändert auch die Hochflut von sozialpolitischen Anträgen, die dem Reichstag zugegangen, nichts. Sie werden im Gegenteil die Abhängigkeit des „entschiedenen“ Liberalismus von den Geldsackmännern usw. recht drastisch dazutun.

Nach den Zusammenstellungen des Zentralblattes für Sozialpolitik, der „Sozialen Praxis“, sind dem Reichstag seitens der einzelnen Parteien folgende Anträge zugegangen:

Das Zentrum beantragt: Die Regierungen um alsbaldige Vorlegung von Gesetzentwürfen zu ersuchen, welche bedecken: 1. die Sicherung und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes (§ 152 der Gewerbeordnung); 2. eine auf freierlicher Grundlage aufgebaute Regelung der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine aller Art; 3. die Errichtung von Arbeitskammern zum freien und friedlichen Ausdruck der Wünsche und Bestrebungen der Arbeiter; 4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Weitere Anträge des Zentrums betreffen die Baukontrolle, wobei gewählte Vertreter der Arbeiter zugezogen werden sollen, und den Schutz der Bauarbeiter; ferner die sozialpolitische Fürsorge für die Privatbeamten (amtliche Erhebungen über ihre Verhältnisse, Ausschüsse in größeren Betrieben, Vertretung in den Arbeitskammern, gesetzliche Aufsicht über die Durchführung der erlassenen Schutzbestimmungen, Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf sie, staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, Sicherung der Dienstkontingenzen); endlich für die technischen Angestellten die rechtliche Gleichstellung mit den kaufmännischen Angestellten (obligatorische Zahlung am Monatschluß, Fortzahlung des Gehalts bei militärischen Übungen bis zur Dauer von 8 Wochen, Verbot der Abzüge vom Gehalt hinsichtlich der Beträge aus Kranken- und Unfallversicherungen, Ausstellung des Dienstzeugnisses schon bei Kündigung, Einschränkung der Konkurrenzklause) sowie Gewährung angemessener Ruhezeiten, insbesondere der Sonntagsruhe, in erhöhtem Maße, und Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf die technischen Angestellten. Unter diese gehören auch die technischen Angestellten in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, im Verkehrsgewerbe und im Bergbau. Außerdem hat das Zentrum noch eine Interpellation eingebracht, die die Regierung befragt, wie es mit dem Gesetzentwurf über die Berufsvereine steht und ob, beziehungsweise wann eine Vorlage über die Arbeitskammern sowie über den Zehntentag der Fabrikarbeiterinnen zu erwarten sei.

Die Reichspartei verlangt die Vereinfachung der Reichsversicherungsgeetze, Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrenten von 70 auf 65 Jahre, Ausdehnung der Versicherung auf Kleingewerbetreibende und Privatbeamte mit geringem Einkommen.

Aus der konservativen Partei kommt das Verlangen, die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten so zu fördern, daß er bei Beginn der nächsten Tagung zur Vorlage gelangen kann. Ferner soll bei der Invalidenversicherung eine neue Lohnklasse für Selbstversicherte mit mehr als 2500 Mk. Einkommen eingerichtet werden, die Altersrente schon mit 65 Jahren beginnen, für die freiwilligen Feuer- und Wasserwehren die Unfallfürsorge eingeführt werden.

Die Initiativanträge der sozialdemokratischen Fraktion betreffen folgende Materien: Schaffung eines Reichsvereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes — Reichsberggesetz — Einführung des geheimen Stimmrechtes für die Knappschaftsklassen — Einführung von Jagdgerichten nach Art der Gewerbegerichte für die ländlichen Arbeiter und Gesinde — Sicherung des Koalitionsrechtes und Einführung der Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter — Reichsgerichtliche Regelung des Wohnungswesens — Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken — Einheitsliche Regelung des Knappschaftswesens, Heimarbeitererschutz, Abschaffung der Konkurrenzklause für die Angestellten, Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten. Für Ausarbeitung eines eingehenden Arbeiterschutzgesetzentwurfs ist eine Kommission gewählt.

Die wirtschaftliche Vereinigung beantragt: Einrichtung paritätischer Angestellten- und Arbeiterkammern — rechtliche Anerkennung und Regelung der Tarifverträge — Reichsvereins- und Versammlungsrecht — Handelsinspektoren — helle Sonntagsruhe im Handelsgewerbe — Dienstvertrag für die technischen Angestellten und Zuständigkeit der Gewerbegerichte für sie — Erfinderrecht für Angestellte und Arbeiter — Organisationsrecht der Angestellten und Arbeiter in Betrieben des Reichs, des Staats und der Gemeinden — Unterstellung der Arbeitgeber und Arbeiter der gewerblichen Gärtnerei unter die Gewerbeordnung.

Die nationalliberale Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, die nach dem Stände der Enquete über die Verhältnisse der Privatbeamten fragt. Anträge der Nationalliberalen betreffen die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, Arbeitskammern, reichsgerichtliches Vereins- und Versammlungsrecht, Unfallfürsorge bei Rettungsarbeiten, Arbeiterschutz für die Gehülften und Angestellten in

Stanzleien, Bureaus usw. — Die vereinigten drei freistündigen Fraktionen bringen gemeinsam Anträge ein, die sich auf das Koalitionsrecht, das Vereinsrecht, die Arbeiterauschüsse, die Ausdehnung und Verbesserung der Krankenversicherung, die Verhältnisse der Privatbeamten beziehen.

Es sind nunmehr für das erste Halbjahr 1907 folgende Verhandlstage einberufen worden:

Table with columns for location, date, and name. Locations include Cassel, Hamburg, Bochum, Nürnberg, Penzig, Mittenberg, Berlin, Halberstadt, Breslau, Hannover, Leipzig, Köln a. Rh., München, Mainz, Berlin, Hamburg, and Köln a. Rh. Dates range from April to May.

Schutzverband Berliner Kartonfabrikanten. Die Berliner Kartonfabrikanten haben sich zu einem Schutzverband zusammengeschlossen, dem alle Firmen von Bedeutung angehören. Die „Papierzeitung“ ist

vom Schutzverband ermächtigt zu erklären, daß die Meldung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, wonach „die Vereinigten Berliner Kartonfabrikanten beschließen haben, ihre Verkaufspreise um 15 v. H. zu erhöhen,“ unrichtig ist. Der Schutzverband will lediglich die Verkaufspreise für Pappschachteln mit den gestiegenen Rohstoffpreisen in Einklang bringen und nur die dazu unbedingt nötigen Preiserhöhungen in die Wege leiten.

Wegen Stundung der Zeitragsgeber der Vergünstigung angeklagt und — verurteilt. Die Zahlstelle Nordhausen des Brauereiarbeiterverbandes hatte die Abrechnung des dritten und vierten Quartals 1905 nicht rechtzeitig an die Hauptkasse eingeliefert. Der dortige Kassierer ersuchte den Hauptvorstand, ihm Gestattung zu gewähren, da er das Geld von der Zahlstelle Nordhausen als Darlehen erhalten habe. Am 1. April 1906 erfolgte denn auch die Abrechnung und Einfindung des Betrages. Jetzt erhob jedoch die Staatsanwaltschaft Anklage, und zwar richtete sich diese gegen den Kassierer der Zahlstelle Nordhausen, Ahlert, wegen Unterschlagung, sowie gegen den kürzlich verstorbenen Zentralvorsitzenden Bauer des gleichen Verbandes wegen — Begünstigung hierzu. Ahlert erhielt zwei Monate, Bauer 14 Tage Gefängnis zuerkannt. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden und das Reichsgericht hat denn auch das Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz, die Strafkammer in Nordhausen, zurückverwiesen.

Die Buchbinder-Zwangsinnung Flensburg macht bekannt, daß durch stetige Steigerung der Rohmaterialien und der Löhne sie sich veranlaßt sieht, ihre Preise dementsprechend zu erhöhen. In Flens-

burg werden nach dem am 26. November v. J. abgeschlossenen Tarif gezahlt an Gehülften im ersten Gehülfsjahre 92 Pf., im zweiten 84 Pf. und für ältere 87 Pf. Selbst derartig minimale Entlohnungen müssen noch herhalten, um eine Preissteigerung zu begründen!

Fragekasten.

Welcher Kollege kann mir ein Mittel zur Verhütung des Schämens des Leims bei Benutzung der Umschiermaschine angeben? Ulyzerin ausgeschlossen. Für event. Auskunft bestens dankend. H. H. in R.

Briefkasten.

H. Gr. in E. Wie ersichtlich, dem Wunsche entsprechend zurückgestellt.

D. R. in R. Sie haben recht, — Künstlerpech.

Nach B. Abgelehnt.

E. D. in A. Wasporto!!

H. B. in B. Wo steht denn etwas von Ablehnung?

H. Schl. in S. Ihre Entzignung auf den Bericht der Versammlung der dortigen Zahlstelle erübrigt sich. Sie wäre vielleicht angebracht gewesen, wenn eine Wiederwahl Ihrer Person auf Grund der Angriffe nicht erfolgt wäre. Da dies jedoch nicht der Fall ist, sondern die dortigen Kollegen durch Ihre Wiederwahl Ihnen ihr Vertrauen ausdrückten, wird Ihre Zuwendung gegenstandslos. Aus dem gleichen Grunde wurde auch eine Zuschrift der Einzelmitglieder in Hamburg, die Ihnen ihr Vertrauen ausdrückte, abgelehnt.



Hamburg. Dienstag, den 19. März 1907 abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im oberen großen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schlegel über: „Gegenfeitige Hilfe bei Tieren.“ — 2. Anträge zum Gautag. — 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Da ein größerer Saal am 1. Dienstag im Monat nicht zu haben ist, finden unsere Versammlungen jeden 3. Dienstag im großen Saale statt. 141] [2,30 Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband Zahlstelle Hannover. Sonnabend, 23. März 1907 im Arbeiter-Verein Am Marstall 3: 26. Stiftungsfest unter freundlicher Mitwirkung des Buchbinder-Männerchors und der Dilettanten-Vereinigung Hannover-Linden Fest-Folge: 1. Alte Kameraden. Marsch. Teike 2. Ouverture z. Op. „Martha“. Flotow 3. a) Eisen von Caub. Filke b) In einem kühlen Grunde. Glück Chorlieder. Buchbinder-Männerchor. 4. Der Eifersüchtige. Humoristische Gesangs-Szene. Dilettanten-Vereinigung. 5. Walzer a. d. „Lustigen Witwe“ Lehar 6. Xylophon-Solo. 7. a) Waldeinsamkeit. Pache b) Nun leb' wohl, du kleine Gasse. Sicher Chorlieder. Buchbinder-Männerchor. 8. Ja, so sind sie. Schwank in einem Aufzuge. Dilettanten-Vereinigung.

Anfang 8 Uhr Ball. Entree 20 Pfg. Die Festleitung.

Berlin. Der Mitgliedern hiermit zur Kenntnisnahme, daß das Bureau jetzt täglich vormittags von 11—1 Uhr geöffnet ist. Das Krankengeld für weibliche Mitglieder kann jetzt auch täglich in dieser Zeit erhoben werden. Die Urania-Billetts, welche noch nicht verkauft sind, eruchen wir baldigst an das Bureau zurückzugeben, da dieselben auf dem Bureau begriffen sind. Die Abrechnung der Urania-Billetts muß spätestens bis zum 20. März erfolgen. Später zurückgelieferte Billetts gelten als verkauft und müssen bezahlt werden. Am 16. d. M. sind die Zahlstellen wegen des Stiftungsfestes geschlossen. Das Bureau ist an diesem Tage bis 7 Uhr geöffnet. Die Werkstufen-Kladden müssen spätestens bis zum 4. April abgeliefert sein. Bei Abgabe der Werkstufen-Kladden wird auch die Entschädigung ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Unlieb verspätet! Unserer lieben Kollegin Lina Jung-hanns senden zur Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche Die organisierten Kollegen u. Kolleginnen der Firma S. Kohl, Leipzig-Flagwitz.

Der Buchbinder Carl Hufschke, geb. 24. März 1876 zu Burgsteinfurt, wird hiermit ersucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, eventl. bitten wir die Kollegen, uns den Aufenthalt des Hufschke mitzuteilen. [189 Zahlstelle Essen-N.

Buchbinder, Buch- u. Papierhandlung, seit 1864 bestehend, in lebhafter Kreisstadt der Prov. Sachsen, ist zu verkaufen; ca. 7000 M. erforderlich. Angebote unt. B. T. 518 a. d. Exp. b. Btg.

Seit 1859 praktisch erprobt sind die Werkzeuge von F. Clement, Leipzig, Seeburgstr. 36 Dieselben sind dauernd brauchbar. Nur direkt vom Erzeuger zu beziehen.

R. O. Liebscher, Leipzig-Neustadt Allee-Strasse 16. Beste und billigste Bezugsquelle von Uhren, Goldwaren und Musikwerken. Kollegen erhalten Vorzugspreise.

Goldschmelzerei Willy Thiele, Leipzig, Nordstr. 3 zahlt für altes Gold u. Silber, Kehr- und Gummigold, Gummi, Watte usw. hohe Preise. Rasse sofort.

Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler Leipzig Seeburgstrasse 47 Papier- und Lederwaren Buchbindereibedarf Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen